

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einfache Sonntagsbeilage 50 Pfennig, Restbeilage 5,- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fettdruckte Wort 25 Pfennig (außersa zwei fettdruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig.

Konten für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 7. August 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Für Freiheit und Volk!

Ruhrkundgebung der Berliner Republikaner auf dem Gendarmenmarkt.

Auf dem Gendarmenmarkt, dem durch die republikanische Tradition heilig gewordenen Platz — huldigte doch dort in den Sturmtagen der bürgerlichen Revolution von 1848 das Volk Berlins den gefallenen Helden des Barrikadenmärzes — veranstaltete gestern abend das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine Riesenkundgebung als Gedächtnisfeier für die Brüder an Rhein und Ruhr, denen nach Jahren harter Bedrückung die Stunde der Freiheit wieder schlägt.

Schon in der siebenten Abendstunde hatten sich auf den breiten Treppen des Schauspielhauses viele Hunderte eingefunden, die von lustiger Höhe den Anmarsch der Reichsbannerkolonnen beobachten wollten. Ein dunkler, gewitterreicher Himmel lastete über dem Platz, als um 1/8 Uhr die ersten Abteilungen unter klingendem Spiel und mit den wehenden Fahnen der Freiheit anrückten. Und immer kamen neue Scharen. Gegen 1/2 Uhr war der Platz von einer nach Zehntausenden zählenden Menge dicht gefüllt.

Reichskanzler a. D. Marx:

Dem Reichsbanner schuldet das besetzte gewesene Industriegebiet Dank für die Darbietung einer Gelegenheitsfeier, in aller Deutlichkeit hier in der Hauptstadt des Reiches herzlichste Grüße zu senden der befreiten Ruhr! Wir grüßen die Bewohner des Industriebezirks an der Ruhr, die so lange Jahre schwere Lasten der Besetzung getragen. Dank schulden wir vor allem der Arbeiterschaft, deren Einsatz in höchster Nähe in diesem Kampfe bedroht war, die alles aufs Spiel setzte und mit vorbildlicher Mannhaftigkeit und Treue alles ertrug, sich aber in der Treue zum Vaterlande nicht wankend machen ließ!

Nächste nur überall im ganzen Vaterlande volles Verständnis für den Heldenkampf der Ruhrbevölkerung verbreitet sein! Möchte man überall durchdrungen sein von der Ueberzeugung, daß dieser Kampf geführt worden ist im Interesse von uns allen, von ganz Deutschland! Haben die Leute im besetzten Gebiet nicht oft darüber zu klagen gehabt, daß man im unbesetzten Deutschland oft so wenig sich der Gefahren bewußt war, die man durch unüberlegte Handlungen für das besetzte Gebiet heraufbeschwor?

Und nun ist das Land um die Ruhr, dieses Herz unserer Industrie und unserer Wirtschaft frei von fremder Besetzung! Wir freuen uns mit seinen Bewohnern und wollen dieser Freude laut und herzlich Ausdruck geben! Gewiß, es war ein schweres Unrecht, ein Bruch des Völkerrechts, in das herrliche Land der Arbeit und des Fleißes mit heeresgewalt einzuziehen, um wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Es war ein Versuch, der von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Gewiß waren die beteiligten Mächte verpflichtet, das begangene Unrecht wieder gut zu machen und die Ruhr zu räumen.

Es mußte der Weg der Verständigung eingeschlagen werden.

wenn man ernstlich die Ruhr befreien wollte. Und diesen Weg der Verständigung sind wir in London gegangen. Am 4. August ist es ein Jahr geworden, daß die deutsche Delegation zur ersten Sitzung der Gesamtkonferenz erschienen konnte. Die Frage der Ruhräumung konnte nicht auf der Konferenz selbst behandelt werden. Aber in zahlreichen Zusammenkünften und Besprechungen mit MacDonald und Herriot wurde die Frage der Ruhr erörtert und erledigt.

Herriot erklärte sich bereit, längstens in einem Jahr, also bis zum 15. August 1925, das Ruhrrevier freizugeben, und seine Nachfolger haben dieses Versprechen eingelöst! Nicht bis zum letzten Termin hat man gewartet; schon jetzt ist die Ruhr frei und lebhaft fremder Besetzung!

Ich stehe nicht an, das festzustellen und anzuerkennen! Es drängt sich aber dann ohne weiteres die Frage auf: Wäre das alles geschehen, wenn eine andere Politik verfolgt wäre, als sie tatsächlich angewendet worden ist? (Zurufe: Niemals!)

Darauf kann nur die eine Antwort gegeben werden:

Die verfolgte Politik ist die einzig richtige gewesen! Ohne sie wäre die große Tatsache, die wir heute feststellen können, nicht eingetreten!

Mit Gewalt oder auch nur mit stiller Opposition und Obstruktion wäre gegen den übermächtigen Feind nichts auszurichten gewesen. Die Erfahrung hat es bewiesen. Der allzulange fortgesetzte passive Widerstand ist zusammengebrochen. Nur eine friedliche Verständigung mit unseren früheren Geanern kann Deutschland auf der Bahn des Wiederauflebens weiterführen! Das muß auch weiterhin Leitgedanke unserer Außenpolitik sein! Bestärken wir uns von neuem in der Ueberzeugung, daß nur durch eine

Außenpolitik, wie sie von den verfassungstreuen Parteien betrieben worden ist, auch für die Zukunft das Heil und die Rettung Deutschlands gefördert werden kann. (Stürmische wiederholte Zustimmung.)

Hierauf ergriff das Wort der demokratische Führer

Reichsminister a. D. Koch:

Als im vorigen Winter Kemscheid von den Franzosen geräumt wurde, taten sich die nationallistischen Verbände und Vereine dieser Stadt zu einer Siegesfeier zusammen, bei der alle republikanischen Vereinigungen ausdrücklich ausgeschlossen wurden. Das scheint mir eine eigenartige Arbeitsteilung zu sein. Die einen ertingen die Erfolge, und die anderen feiern die Siege. Wir Republikaner sind viel zu bescheiden. Unter der Führung von Männern, wie Ebert, Wirth und Rathenau, wie nicht zuletzt unter Führung des Mannes, der eben gesprochen hat, sind wir Republikaner es gewesen, die es durch eine sechs Jahre lange, vielfach mißverstandene, von rechtsstehenden Phrasenhelden immer wieder gestörten Politik fertig gebracht haben, daß das deutsche Volk heute einen Schimmer von Hoffnung sieht. Wenn einer aus unseren Reihen heute ins Ausland geht, sich als ehrlicher Friedensfreund bekannt, nicht er für die Revision des Vertrages von Versailles tausendmal mehr, als wenn der Stahlhelmverband von Neuruppin mit Stimmeneinheit beschließt, daß der Friedensvertrag von Versailles morgen aufgehoben sei. (Stürmische Heiterkeit und Juchzen.)

Aber unsere Politik, das Rheinland frei zu machen und bei Deutschland zu erhalten, wäre erfolglos ohne die Treue des deutschen Volkes, ohne die Treue namentlich der Bewohner der besetzten Gebiete. Wenn Deutschland heute noch von einer Anzahl von Fürsten beherrscht würde, niemals wäre es bei einer solchen Katastrophe eingetroffen. Immer waren es deutsche Fürsten, die, um sich ihren Thron zu erhalten oder gar um Länderzuwachs und Subventionen zu gewinnen, zum Verrat an Deutschland bereit waren. Das deutsche Volk in allen seinen Gliedern ist heute treuer gewesen als seine Fürsten. Deutschland wird sein und Deutschland wird Groß-Deutschland werden, wenn es demokratisch bleibt und von demokratischer Grundlage aus sich die Gleichberechtigung im Rate der Völker ertingt. (Beifälliger Beifall.)

Von stürmischem Beifall begrüßt, ergriff der

Genosse Lüdemann

das Wort. Seit 1918, so führte er aus, haben wir ein freies deutsches Volk, frei von Fürstenwillkür und Liquidität. Das deutsche Volk ist souverän geworden und bestimmt trotz eigener Autorität selbst seine Geschicke. Wir begrüßen unsere Brüder von Rhein und Ruhr, die so mannhaft und geschlossen in nie versagender Treue zu Volk und Staat gehalten haben. Wir begrüßen die Arbeitsteute an der Ruhr, die mit unbeugsamer Energie die Fahne der deutschen Republik hochgehalten haben, allen Verjudungen und Lodungen zum Trotz. (Stürmische Bravorufe.) Was wir an Rhein und Ruhr erlebten, war wahre Demokratie. Hier zog ein Volk die innere Kraft zum Festhalten an seinen Brüdern aus den Burgen freibürgerlicher und gemeinsamer Entwicklung. Die Besetzung der Ruhr war ein Unrecht, gegen das zu protestieren wir als deutsche Republikaner das Recht und die Pflicht haben. Das heißt aber nicht, daß wir jenen Leuten folgen sollen, die mit billigen Wortgeschwätz Gewalt gegen Gewalt proklamieren. Es gibt Höheres und Größeres als die brutale Faust. Die arbeitenden Massen wissen, daß für sie nur im Frieden eine gedeihliche Fortentwicklung und eine Lebensmöglichkeit gegeben ist. Die Menschheit verlangt Verständigung und Frieden. Mit jenem

Maulaufreißern nationalistischer Couleur

will sie nichts zu tun haben. Allein der Boden der demokratischen Republik ist die Basis, auf der das deutsche Volk zu würdiger nationaler Freiheit emporsteigen kann. Noch jähren die Folgen des scheußlichen Weltkrieges im deutschen Volkstörper nach und schon zischen verantwortungslose Mäuler von neuem Söbelgeschwätzen. Gewisse Elemente lauern schon wieder darauf, das berühmte „deutsche Schwert“ aus der Scheide zu ziehen. Im Osten erleben wir im Augenblick eine namenlose Tragödie. Einfache Arbeiter und Handwerker sind hier von den Polen mit brutaler Willkür in tiefstes Elend gestochen worden.

Wir protestieren aus entschiedenem gegen diese unwürdigen Methoden. Aber wir verbitten uns ebenfalls jene verlogene völkische Propaganda, die in Telegrammen an den Heros Ludendorff (große Heiterkeit) zur Vergeltung mit allen Mitteln auffordert. Die großen Gedanken friedlicher Verständigung müssen die europäische Politik beherrschen. Im Rahmen eines Völkerbundes wollen wir arbeiten, wo die wahre nationale Freiheit des einzelnen Staates gefunden und geschützt werden kann. Am Neubau des Deutschen Reiches gilt es mit ganzer Kraft weiter zu arbeiten. Die Deutsche Republik, der Volksstaat, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, sie leben hoch! (Begeisterter immer wiederholter Zustimmung.)

In demselben Augenblick, als Lüdemann geendet, entzündeten sich Hunderte von Fackeln. Oben auf den Freitreppen hielt eine Witwe ein mit ungelassener Hand geschriebenes Pappschild: „Fünftes Gebot: Du sollst nicht töten!“ Eine einfache, aber dringliche Mahnung an jene vierzehnhundert Jahre des Todes.

Die dritte Strophen des Deutschland-Liedes, die markvolle Dreieinigkeit: Einigkeit, Recht und Freiheit beschloß die Kundgebung. Dann formierten sich die Kolonnen aufs neue, ein Meer von Fackeln flammte auf und gleich leuchtenden Strömen bewegten sich die riesigen Züge der Bannerleute durch die Straßen der Stadt. Ein wirkungsvoller Auftakt der großen republikanischen Versammlungsfeier.

Reichstag und Optanten.

Blinder Eifer.

Der Reichstag hat gestern einmütig — ausschließlich der Kommunisten — eine Entschließung angenommen, die gegen die Barbarei der Optantenausweisung Protest erhebt. Leider gestattet die Einmütigkeit des Beschlusses keinen Rückschluß auf die Einigkeit der Gesinnung, die in auswärtigen Fragen erwünscht ist und notwendig werden kann. Vielmehr klasten die Gegensätze weit auseinander.

Kein Mensch in Deutschland und überhaupt kein vernünftiger Mensch kann es billigen, wenn Zehntausende von Haus und Hof getrieben werden, weil sie als Bewohner eines abgetretenen Gebiets Staatsbürger ihres alten Vaterlandes zu bleiben wünschen. Zu dieser Vertreibung hat Polen wohl das unbestrittene formale Recht, aber deswegen bleibt doch nicht weniger wahr, daß die Ausübung dieses Rechts eine Unkulturhandlung ist.

Was konnte Deutschland in dieser Lage tun? Es konnte der polnischen Regierung durch eine geschickte und überzeugende, weil aufrichtige Propaganda zeigen, daß sie durch ihre Zwangsmassnahmen ihrem eigenen Ansehen und damit dem eigenen Lande moralischen Schaden zugefügt hatte. Und es konnte und mußte selbstverständlich dafür sorgen, daß die Vertriebenen in dem Vaterland ihrer Wahl die verlorene Heimat wiederfanden.

Es wird aber weder den Optanten noch dem ganzen deutschen Volk ein Dienst dadurch erwiesen, daß man auf der Rednertribüne des Reichstags in Kraftphrasen schwelgt und dem polnischen Volk als Strafe für seine Schandtat ein dunkles Ende voraussetzt. Die Regierung hätte dafür sorgen müssen, daß solche Ausschreitungen der Rhetorik aus dem Lager der Regierungsparteien unterblieben, sie hätte ihnen entgegenzutreten müssen, wenn sie von anderer Seite kamen.

Klug war es gewiß nicht, wenn Redner, die sich für besonders national halten, eben durch ihre Reden der polnischen Regierung für ihre verdammenwerten Maßnahmen nachträglich noch Argumente lieferten. Denn wäre es so, daß das deutsche Volk dem polnischen als unveröhnlicher Feind gegenüberstände, wäre es so, daß das deutsche Volk dem polnischen sein statisches Eigenleben mißgönnte und es wieder zu vernichten wünschte, dann wäre der polnischen Regierung damit die Möglichkeit gegeben, alles, was deutsch ist als einen Feind hinzustellen, gegen den sich der polnischen Staat verteidigen müsse. Den Interessen der Deutschen, die polnische Staatsbürger wurden und auf polnischem Staatsboden bleiben, wird schlecht gedient, wenn man dem polnischen Staat den Gedanken nahelegt, seine Westmark als ein Festungsglacis zu behandeln.

Genosse Landsberg hat sich daher ein großes Verdienst erworben, wenn er in seiner Rede den kriegerischen Tiraden einiger überbitterter Gemüter entgegentrat und die Notwendigkeit der Verständigung, die dem Westen gegenüber allgemein anerkannt wird, auch für den Osten nachdrücklich in Anspruch nahm.

„Orient und Ozident sind nicht mehr zu trennen.“ Dieses Wort Goethescher Weisheit verdient sinngemäße Anwendung auf die deutsche auswärtige Politik. Eine deutsche auswärtige Politik, die nach dem Westen mit der Friedenspalme wirkt, nach dem Osten aber mit einer schlecht gepanzerten Faust droht, ist eine logische Unmöglichkeit. Sie kann auch von der gegenwärtigen Reichsregierung nicht gewollt sein. Darum müßte man auch jeden Anschein vermeiden, als würde sie insgeheim gebilligt und betrieben.

Das Gerücht vom „polnischen Saisonstaat“ ist unsinnig. Nach einem Jahrhundert der Zerreißung hat das polnische Volk seine staatliche Einigkeit wiedergefunden, damit ist der geschichtliche Beweis dafür geliefert, daß die Teilung Polens nur eine „Saisonerrungenschaft“ der Teilungsstaaten war. Wenn uns Deutschen die schwer errungene und trotz aller Gebietsverluste über den Weltkrieg hinaus erhaltene staatliche Einigkeit ein hohes Gut ist, so sollten wir begreifen, daß auch die Polen nicht anders empfinden. Würde in der Welt die Vorstellung gewekt, als gäbe es in Deutschland nennenswerte Kräfte, die auf eine Teilung Polens spekulierten, so müßte das verhängnisvolle, die Ruhe Europas gefährdende Folgen haben.

Man diskutiert über einen Sicherheitspakt, der Europa den gesicherten Frieden und damit die Grundlage neuen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aufstiegs gewähren soll. Der deutsche Plan findet die größten Schwierigkeiten an dem Wunsch Frankreichs, bei einem deutsch-polnischen Vertrag als Garant mit weitgehenden Vollmachten figurieren zu dürfen. Wenn man in diesem Augenblick in Polen das Mißtrauen weckt, als bedürfe man Deutschlands gegenüber eines mächtigen Schirmherrn, wenn man Frankreich die Möglichkeit gewährt, sich als Beschützer Polens gegen vermeintliche gefährliche Pläne Deutschlands aufzuspielen, so werden damit die Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung des Sicherheitsplans entgegenstellen, wahrhaftig nicht erleichtert.

An der Tatsache, daß das Vorgehen der polnischen Regierung gegen die deutschen Optanten aufs Schärfste zu mißbilli-

gen ist, wird durch solche kritische Erwägungen, die sich notwendigerweise an die gestrige Reichstagsdebatte anknüpfen, nicht das allergeringste geändert. Unsere Gegner von rechts werden mit ihrer albernen Unterstellung, wir nähmen „für das Ausland gegen Deutschland“ Partei, keine Geschäfte machen können. Nein, wir nehmen für Deutschland Partei gegen diejenigen, die ihm durch ihre Blindheit, ihre Unbelehrbarkeit, ihren unfehlbaren Instinkt, in entscheidenden Situationen immer das Gegenteil vom Richtigen zu tun, immer neuen Schaden zufügen.

Wäre eine Rede wie jene Landsbergs gestern vom Regierungstisch gehalten worden und hätten alle Redner verstanden, in gleich würdiger Weise die Sache Deutschland vor der Welt zu vertreten, so wäre damit dem deutschen Volke besser gebient gewesen.

Aber, was soll man dazu sagen, daß einige Herren der Rechten die Schlüsselworte des sozialdemokratischen Redners von der Gerechtigkeit und Sitlichkeit als der notwendigen Grundlage der Staaten mit lauten Pfuirufen begleiteten! Ja, was soll man dazu sagen? Es bleibt nur übrig, dem deutschen Volke das Bewahren darüber auszusprechen, daß es mitunter auch solche Leute zu seinen Vertretern wählt!

Ein nettes Plänchen!

Die Optanten als Wanderarbeiterersatz.

In ihrem blinden Eifer, die Optantenfrage auf jeden Fall zu einem innerpolitischen Krakeel zu gestalten, rückt der „Deutsche Tageszeitung“ die Maske etwas aus dem Gesicht. Der Landbund, so heißt es da, sei schon im Frühjahr an die maßgebenden Stellen zwecks Unterbringung der Optanten auf dem Lande herangetreten:

Abgesehen von der Hilfe, die man den Optanten bringen wollte, wäre die Unterbringung auf dem Lande auch eine wichtige Maßnahme gegen den Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande gewesen, ein willkommener Mittel zur Steigerung der Produktion im Interesse der Volksernährung. Als die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen mit einer Umfrage an ihre Verbände herantraten, berechnete die allseits zutage tretende Bereitwilligkeit zur Unterbringung von Optanten zu den größten Hoffnungen. Aber — es wurde beschleunigte Zurechtweisung gefordert, denn ein Bereitstellen von Wohnräumen über die Zeit hinaus und die Ungewissheit, ob die Wohnungen rechtzeitig durch Optanten besetzt werden würden, mußte vermieden werden. Befordert wurden gleichzeitig beschleunigte Maßnahmen der Regierung zur Förderung des Optantenwohnungsbaues auf dem Lande. Vorbereitet werden sollte die Erfassung der Optanten durch Inserate in der deutschen Presse Polens, durch die deutschen Verbände und durch statistische Feststellungen des deutschen Generalkonsulats in Polen.

Man muß schon sagen, ein nettes Plänchen! Die deutsch-nationalen Großgrundbesitzer hätten also nichts Beringeres vor, als die deutschen Optanten in Polen auf Staatskosten zu ihren Arbeitskräften zu degradieren. Schlimmer ist die Not von Landsleuten wohl selten mißbraucht, selten das Martyrium der Heimatliebe brutaler ausgeschlachtet worden.

Selbstverständlich haben die amtlichen Stellen das saubere Ansinnen der Landbändler abgelehnt und den aus Polen vertriebenen Deutschen dieselben Rechte der Arbeitsvermittlung eingeräumt, die jedem Staatsbürger zustehen. In demselben Augenblick, in dem die Optanten für die Großgrundbesitzer nicht mehr als polnische Landarbeiterersatz in Frage kamen, erlösch ihr Interesse an den „Martyrern ihrer Heimatliebe“. Kurz und bündig meldet darüber die „Deutsche Tageszeitung“:

Wie stellen fest, daß hunderte von landwirtschaftlichen Betrieben angeht dieser Scheinartificialität von dem Optantenhilfswerk zurücktreten und zurücktreten mußten.

Hunderte von landwirtschaftlichen Betrieben sind von dem Optantenhilfswerk zurückgetreten, weil die Regierung es nicht duldet, daß die Optanten von den Großgrundbesitzern als Arbeitsvieh ausgebeutet wurden, sie haben ihnen je d e n o c h

so dürftige Unterhaltungsverweigerer, als es galt, ihnen selbstlos zu helfen! Und hinterher versuchen diese nationalstolischen Maulwurfsröhren auch noch die Ankläger zu spielen! Herr Lindeiner kann in der Tat seine Pappeneimer, als er seine skeptischen Betrachtungen in einem volksparteilichen Blatte veröffentlichte.

Die Unterbringung der Optanten.

Preußens Maßnahmen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, sollen zur Unterbringung von Optantenfamilien in endgültigen Wohnungen 1600 Landarbeiteroptantenfamilien in Landarbeiterwohnungen untergebracht werden. Zur Errichtung dieser Wohnungen sind bereits Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt worden. Etwa 500 Optantenfamilien sollen untergebracht werden, ohne daß neuer Wohnraum hergestellt wird; denn infolge ihrer Option für Polen müssen rund 1500 polnische Optantenfamilien Preußen verlassen, wodurch Wohnraum wieder verfügbar wird. 1000 deutsche Optantenfamilien sollen in der Weise untergebracht werden, daß für sie neue Wohnungen errichtet werden. Da es sich hierbei um Familien handelt, die die örtlichen Verhältnisse kennen und daher sicher vorzugsweise im Osten bleiben wollen, ist ihre Verteilung auf die Ostprovinzen erfolgt.

Zur beschleunigten Herrichtung einer entsprechenden Anzahl von Wohnungen sind vom preussischen Ministerium des Innern seinerzeit je Wohnung 2500 M. verlorener Bauzuschuß und vom preussischen Wohlfahrtsministerium 4000 M. Hauszinssteuerhypothek bereitgestellt und sofort flüssig gemacht worden. Die in Frage kommenden Gemeinden haben damals mit der Annahme dieser Mittel (insgesamt handelt es sich um 6,5 Millionen Mark) die Verpflichtung übernommen, die ihnen zugewiesenen Familien bis zur Fertigstellung der Neubauten vorläufig wohlhlich unterzubringen. Die Bauten befinden sich bereits seit Wochen in der Ausführung und werden bald fertiggestellt sein.

Restlose Austreibung.

Warschau, 6. August. (D.S.) Das politische Komitee des Ministeriums hat unter Grafis Vorsitz beschlossen, die Wiener Konvention restlos durchzuführen. Die nationalistische Presse spricht die Hoffnung aus, daß die Wojewodschaftsbehörden nunmehr zur zurechtweisung der Abwanderung derjenigen Optanten schreiten werden, deren Abwanderungsfrist am 1. August abgelaufen war. Deutscherseits wird die Zahl der noch in Polen verbliebenen Optanten auf etwa 3000 geschätzt. — Der Hauptkrischeiter der „Deutschen Rundschau“ in Bromberg, Gottlieb Starke, ist als Optant ausgewiesen worden, obwohl er die polnische Staatsangehörigkeit besitzt.

Verfassungsgegner.

Hindenburg auf dem „Rummel“.

Die deutsch-nationale Presse beginnt heute schon, die Verfassungsfeier vom 11. August herabzuwürdigen. Ginge es nach ihr, so würde sie den 11. August zu einer Demonstration gegen die Verfassung benutzen.

Der „Lokal-Anzeiger“ ereifert sich über „Verfassungsrummel“. Das Verfassungsfest des Reichsbanners hat es ihm angetan. Die Polemik gegen das Reichsbanner, die unter der Ueberschrift „Verfassungsrummel“ geführt wird, ist jedoch nur Vorwand. Der Versuch der Verächtlichmachung, der Herabwürdigung richtet sich gegen die Verfassungsfeier überhaupt. Den Beweis bilden die folgenden Sätze des „Lokal-Anzeiger“:

„Man muß mit der Weimarer Verfassung arbeiten, weil sie nun einmal da ist. Freudenfeste aber um sie und um ihre Schöpfer zu veranstalten, dazu liegt nicht die mindeste Berechtigung vor.“

Die Herren deutsch-nationalen Minister werden an der offiziellen Verfassungsfeier teilnehmen. Reichspräsident Hindenburg wird den Verfassungstag nicht nur bei der offiziellen

Feier im Reichstag, sondern auch in seinem Hause festlich begehen. Ist das alles Rummel, wie sich der „Lokal-Anzeiger“ auszudrücken beliebt? Erhebt er Anspruch darauf, mit seinem Herabwürdigungsversuch die Gefühle seiner Parteigenossen in leitenden Kreisen am Verfassungstag authentisch zu interpretieren? Will er zu verstehen geben, daß ihre Teilnahme eine innere Lüge zur Voraussetzung habe?

Der Verfassungstag wird eine würdige Feier sein — trotz der reaktionären Kläffer.

Es kommt nicht darauf an.

Zollpresse und Eingabe der Gewerkschaften.

Die agrarische Presse fällt gütig über die Eingabe der Gewerkschaften an den Reichsanwalt her. Es kommt ihr nicht darauf an, was sie gegen diese Eingabe sagt, es kommt ihr nur darauf an, daß sie etwas dagegen sagt.

Es kommt den Schutzöllnern nicht auf die Argumente an. Sie vertrauen darauf, daß die parlamentarische Mehrheit auch ohne Argumente die Zölle beschließen wird. Ob das, was zur Begründung und Verteidigung der Zollpläne gesagt wird, stichhaltig ist, oder auch nur sich nicht selbst widerspricht — darauf kommt es nicht an.

Nach diesem Grundsatze bespricht die Zollpresse die Eingabe der Gewerkschaften. Sie will nicht wahr haben, daß die Zölle eine fünfköpfige Familie mit mindestens 150 M. im Jahre belasten. Die „Deutsche Tageszeitung“ streitet rundweg jede Preissteigerung ab:

„Wir wären den Gewerkschaften sehr dankbar, wenn sie uns den Schlüssel zu dieser Berechnung mitteilen wollten. Sachkennern ist es nämlich bisher noch nicht möglich gewesen, auch nur annähernd festzustellen, ob überhaupt und in welchem Umfang durch die Zollvorlage eine Erhöhung der Konsumumentenpreise eintreten wird.“

Man konnte mehrfach in der „Deutschen Tageszeitung“ lesen, von Sachkennern, die die Agrarier schützen, daß die Preissteigerung durch den Zoll von der Bevölkerung um der Landwirtschaft willen getragen werden müsse. Wie reimt sich das zusammen?

Wenige Zeilen nach dem halben Versuch der „Deutschen Tageszeitung“, zu bestreiten, daß die Zölle die Gesamtheit belasten, befindet sich in derselben Zeitung eine Zuschrift „von gut informierter Seite“. Da heißt es:

„Wie hoch die Zollbelastung für die Gesamtheit und für den einzelnen sein wird, ist im voraus nicht genau zu berechnen, da bei der Komplexität der volkswirtschaftlichen Vorgänge niemand im voraus mit Sicherheit feststellen kann, wie die Getreidezölle sich auf die Belastung des Inlandspreises auswirken werden, wer bei den wechselnden Konjunkturen den Getreidezoll zu tragen hat, und wie Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt sich stellen werden.“

Da wird nicht die Teuerung als Zollfolge bestritten, sondern lediglich das Ausmaß der Teuerung angezweifelt.

So schlagen die Argumente der Zollpresse einander ins Gesicht. Aber es kommt nicht darauf an. Sie werden den Zoll schon machen.

Die Amnestie im Ausschuss.

Verbesserungsanträge abgelehnt.

In der zweiten Beratung des Amnestiegesetzes im Rechtsausschuss des Reichstages sprachen sich die Vertreter der Wirtschaftspartei, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der deutsch-nationalen gegen einen Strafrahm von mehr als zwei Jahren (bei verschiedenen Strafen) aus. Ein Antrag, der auch Zuchthausstrafen bis zu einem Jahre unter die Amnestie fallen lassen will, wurde mit 15 gegen 10 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten abgelehnt. Angenommen wurde u. a. eine Entschliebung, in der die Reichsregierung erjudt wird, dahin zu wirken, daß in den Amnestien der Länder Rücksicht genommen wird, auf Amnestierung der nachweisbar allein oder überwiegend aus wirtschaftlicher Not

Der Freischärler.

Zu Wilhelm Liebknechts 25. Todestag.

Wilhelm Liebknechts liebste Jugend Erinnerung, in der er sich noch im hohen Alter sonnte, rinkt sich um seine Teilnahme an den babilonischen Aufständen von 1848/1849. Sie zeigt ihm im Lichte strahlender Revolutionsromantik, denn der zweiundzwanzigjährige Regionär der schwarzgoldenen Idee machte im unbekanntesten Widerspruch die tollsten Unternehmungen mit. Als sich im September 1848 Peter Strauß gegen die deutschen Fürsten erhob, da übernahm Liebknecht mit einer kleinen Schar Gleichgesinnter den Rhein, im stolzen Besitz einer „Kollektivbüchse“, um sich mit denen um Strauß zu vereinigen. Von allen Seiten kam Zuzug, die Behörden hielten und schließlich waren an 4000 Mann beisammen. Aber die Wälscht mislingt. Bald ist die Bevölkerung nicht mehr wohlgefinnt, und bei Lausenburg trifft Liebknecht die Hiobspost von Straußes Niederlage. Ein junges Mädchen bietet Rettung an: es will Liebknecht über den Rhein fahren. Aber der hält treu zu seinem Korps. Auf dem Wege zu ihm wird er zum erstenmal gefangen genommen, doch das Glück steht ihm bei: er entgeht dem sicheren Standrecht durch einen Zufall. Acht Monate sibt er in Untersuchungshaft, zuerst im Schloß des Kompters von Säckingen, dann in Freiburg. Im Mai 1849 wird die Verhandlung gegen Liebknecht angehängt. Die Anklage lautet auf: Mord, Mordversuch, Anstiftung zum Mord, Brandstiftung, Anstiftung zu Raub, Diebstahl, Raubraub, Bedrohung, gewaltsame Erpressung. . . . Aber zwei Tage vor der Verhandlung kommt die neue politische Wendung in Baden! Wieder steigt das Volk, die Soldaten gehen zu ihm über, der Großherzog flüchtet, und die Verhandlung führt, dem Entzage des Staatsanwalts gemäß, zu einem glänzenden Freispruch. Kurt Eisner berichtet nach Liebknechts eigener Darstellung, wie dieser seltsame Prozeß endete „unter einem Strudel von Blumensträußen, festlich gekleideten Mädchen und Frauen, von geschwenkten Hüten, Reden und Umzügen. Die tolle wunderschöne Malzeit der Völkerefreiheit, da alle Knospen sprangen.“

Wilhelm Liebknecht wurde nun noch verwagener: nun will er die Revolution ganz siegen lassen. Gemeinsam mit dem demokratischen Abgeordneten Behrensdorf sucht er württembergische Bataillone zum Uebertritt zu bewegen. In Karlsruhe, dem Mittelpunkt der neuen Erhebung, ist er betrieblames „Mädchen für alles“: Bombardier, Kommissar und Journalist, der die Presse mit Brandartikeln versorgt. Bald steht er im Mittelpunkt der Radikalen und nimmt Stellung gegen den zaghaften Adonias Brentano, der Liebknecht in Freiburg verteidigt hatte. Am 5. Juni 1849 wird Liebknecht auf Befehl Brentanos als Konspirator der rebellischen Jugend mit Strauß und Johann Philipp Becker hinter Schloß und Riegel gesetzt. Drei Tage sibt er in den berühmten Rastatter Kaserne an, die später, als der babilonische Aufstand unter den Augen des preussischen Karälschenprinzins Wilhelm vollends zusammenbrach, so viele Jünglinge der Revolution aufnehmen mußten. Liebknecht entkam mit einem kleinen Trupp von Freunden ins Eläß, wo die Behörden sie vor die Entscheidung stellten: entweder zurück oder — Fremdenkation. Sie entschlossen sich zur letzteren. Französische Soldaten sollten sie nach Marseille bringen, doch an der

Schweizer Grenze entfloß Liebknecht mit seinen Freunden. Ein paar Kugeln der Gendarmen slogen hinter ihnen her; sie trafen keinen, wie sie wohl auch keinen treffen sollten.

Liebknechts Genfer Zeit begann, die aus dem „Soldaten der Revolution“ langsam einen Erkennen und Bekennen des Sozialismus machte. Aber er blieb sein Leben lang, was er im überschäumenden Honigmond der deutschen Revolution gewesen war: Schwert und Flamme für Volk und Recht.

Unser neuer Roman. Der dänische Autor Tom Kristensen gehört zu der jüngsten Schriftstellergeneration seines Landes. Er vereint alle die traditionell guten und gelegenen skandinavischen Erzählereigenschaften in sich und gibt doch darüber hinaus ganz Eigenes und Neues. Man täte ihm unrecht, wollte man ihn einfach als „Naturalisten“ etikettieren. In seiner unerbitlich ehrlichen und direkten Darstellung schwingt für den, der leben und spüren kann, stets auch der Funken der Geschehnisse, die Symbolist der Wirtschaftlichkeit mit. Seinen im Durchschnitt mehr lyrisch veranlagten Landsleuten erscheint er oft zu „hart“, denn er verachtet durchaus allen sentimentalischen Himberst, was seine Schilderungen nur um so leichter und überzeugender gestaltet. Und doch weilt er auf seine fast nüchtern zu nennende Art — das Pathos liegt ihm ebenso fern wie die Sentimentalität — die feinsten bildmäßigen Wirkungen zu erzielen. In dem Roman „Das unbegreifliche Ich“, mit dessen Veröffentlichung wir heute beginnen, schält Kristensen der eigentlichen Fortlaufenden Erzählung stets ein kurzes Einleitungskapitel mit der Schilderung aus einem späteren Entwicklungsstadium und Erleben des Helden voraus. Und diese Einleitungskapitel bilden immer in irgend einer Beziehung — entweder durch äußeres oder durch inneres Geschehen — eine Parallele zu dem darauffolgenden Bericht aus seiner Jugendzeit. Außer zwei Gedichtbüchlein und verschiedenen, in Zeitschriften verstreuten Novellen, die häufig das ihm durch einen längeren Aufenthalt bekannte China zum Schauplatz haben, veröffentlichte Tom Kristensen neben dem vorliegenden bisher noch einen Roman. In deutscher Sprache sind vorläufig nur zwei kürzere Romane von ihm erschienen.

Die preussische Verfassungsfeier. Die Verfassungsfeier der preussischen Regierung, die am 11. August, abends 8 Uhr, in der Staatlichen Hochschule für Musik stattfinden wird, weist, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mittelt, das folgende Programm auf: Vorspiel aus „Die Meisterfinger von Nürnberg“; Ansprache des Ministers Serwing; gemeinsamer Gesang des Deutschlandliedes (1. Strophen); Beethovens neuntes Sinfonie. Es werden mitwirken: Das Philharmonische Orchester und der Berliner Volksgesang, von Solisten Minna Gies-Wilke, Frieda Langendorf, Eunen Frankl, Cornelius Bronsneel. Die musikalische Leitung hat Generalmusikdirektor Klöber übernommen.

Verfassungsfeier in allen Berliner Schulen. Einzelne Anfragen veranlassen das Provinzialkollegium, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mittelt, festzustellen: Gemäß dem Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 20. Juli d. J. findet am ersten Schultage nach den Sommerferien, den 11. August, in allen Schulen Groß-Berlins eine Verfassungsfeier statt, bei der die geschichtliche Bedeutung des Tages dargelegt wird. Die Teilnahme ist verbindlich, der Unterricht fällt an diesem Tage aus.

Wilde-Kiosk als Vergnügungsetablisement. Der berühmte und von Geheimnissen umhüllte Palast des Sultans Abd el Hamid ist von der türkischen Regierung der Stadt Konstantinopel überantwortet, die ihm einer ausländischen Gesellschaft verpachtet wird, die darin ein ansehnliches Vergnügungsetablisement einrichten will. Bisher hat sich der hinterreppennig der Weltgeschichte darin gefallenen, in eben demselben Raum, der einstmal den Mittelpunkt der islamischen Welt darstellte, den Kuppelbau aufzubauen, und wo ehemals die berühmte „grüne Schaur“ über Leben und Tod entschied, wird es dann die rollende Kugel tun. — Die Stadt Konstantinopel wird mit der Verpachtung des Palastes ein großartiges Geschäft machen, da sie außer der Pachtsomme von 30 000 türkischen Goldpfund eine 15- bis 20prozentige Beteiligung jährlich eintragen wird.

Elektrizitätserzeugung ohne Zähler. Kohle und Elektrizität werden nach ihrem Energiewert verkauft. Daher muß die Kohle gemessen und die Elektrizität gemessen werden. Beides bedingt bei den zahllosen Kleinabnehmern einen im ganzen genommen wenig fruchtbareren Aufwand von Zeit und zudem einen großen Bestand an Apparaten und Hilfskräften. Es entspricht durchaus einer neuzeitlichen Einstellung, wenn man versucht, diese Prozedur möglichst zu vereinfachen. In Norwegen befinden sich viele einzelne Höfe in großer Entfernung voneinander und von der nächsten Stadt. Das klimatische Ablesen der Zähler in diesen abgelegenen Höfen würde einen ungemessen großen Aufwand an Arbeitskräften erfordern. Die Gesellschaften schloßen nun neuerdings mit den Stromabnehmern Jahresverträge ab, die auf eine Höchstzahl von Kilowattstunden und auf eine wahrscheinliche mittlere Verbrauchszahl von Kilowattstunden lauten. Es wird kein Zähler installiert, sondern nur ein kleiner Apparat, der als „Strombegrenzer“ bezeichnet wird und der den Strom selbstständig ausschaltet, sobald ein bestimmter Effekt überschritten wird. Der Verbraucher wird dadurch aufmerksam und hat für Verminderung der Stromentnahme zu sorgen. Norwegen gehört bekanntlich in Bezug auf Elektrizitätserzeugung und -verbrauch zu den fortgeschrittensten Ländern. Romanisch ist seine moderne Tarifpolitik zu erwähnen, die sich völlig von der verkehrten deutschen Hochtarifmethode unterscheidet.

Zahlscheine für Arbeitslose in England. Am Oberhaus kündigte der Arbeitsminister die Errichtung von vier Arbeitsbüros an, in denen Arbeitslose in sechsmonatigen Kursen in der Landwirtschaft und auf anderen geeigneten Gebieten ausgebildet werden sollen.

Der vierte internationale Kongreß für Unschickliche und Verunsinnliche findet vom 6. bis 12. September in Amsterdam statt. Auf dem Kongreß werden auch eine beträchtliche Anzahl herabragender deutscher Schriftsteller und Sozialisten mit Beiträgen vertreten sein.

Für die 20 jährige Schöpfung. In Paris hat kürzlich die internationale literarische und künstlerische Vereinigung ihren 24. Kongreß abgehalten. Die wichtigste der gefassten Entschlüsse war die für die Vereinfachung der Dauer der Schulpflicht auf 30 Jahre. Die Verlängerung der Schulpflicht von 10 auf 30 Jahre wird auch in Deutschland und Österreich besonders in den Kreisen der Kunst begrüßt. Auch das Nachfolgende wurde auf der Konferenz behandelt. Es besteht es nur in Frankreich und Belgien zum Ruhm derjenigen Künstler, deren Werke unter dem Einfluß der späteren Verhältnisse ihres Lebens in öffentlichen Ausstellungen zu bedeutend höheren Preisen verkauft werden, als die Künstler selbst dafür erzielen.

Deutschland und Polen.

Rede des Genossen Landsberg über die Optanten-ausweisungen.

Zu der Fortsetzung der Reichstagsdebatte über die Optanten-ausweisungen erhebt Genosse Landsberg das Wort.

Abg. Landsberg (Soz.):

Wenn ich offen sein soll, so muß ich sagen, daß mich der Verlauf der Debatte nicht befriedigt hat. Ich hätte gewünscht, daß wir uns vereinigen würden zu einem Protest gegen eine Maßnahme, die man nicht anders als barbarisch bezeichnen kann, daß wir uns vereinigen zu einem Appell an das Weltgewissen (Wach rechts); denn etwas derartiges gibt es noch, und wer darüber lacht, der beweist nur, daß er kein Gewissen besitzt. (Vehhafte Zustimmung und Bravo! links. — Lurche rechts.)

Wir hätten weiter gewünscht, daß der Reichstag sich in dem Bekenntnis vereinigte, alles zu tun, was möglich ist, um unseren notleidenden Landsleuten zu helfen; denn was ist geschehen? Tausende und aber Tausende von fleißigen, ehrenwerten, unbescholtenen Menschen haben die Treue zu ihrem Volkstum damit büßen müssen, daß sie in Not und Elend hinausgejagt worden sind. Angesichts einer solchen Tatsache mühte zunächst die Frage zurückzutreten: sind bei der Aufnahme dieser Menschen Unzuträglichkeiten vorgekommen? (Sehr wahr! links.) Ich bin fest überzeugt, daß sie sich ereignet haben. Es ist noch niemals dagewesen, daß Behörden in solche Verlegenheit gekommen sind, dem plötzlichen Andrang Tausender von Menschen gerecht zu werden. Wenn ich mich noch daran erinnere, wie während des Krieges im Hauptausgang Beschwerde über die Unfähigkeit deutscher Militär- und Zivilbehörden geführt worden ist, eilfährliche Schutzhaftlinge angemessen zu behandeln und zu versorgen, so sage ich, diese Schutzhaftlinge wären glücklich gewesen, wenn sie so behandelt worden wären, wie die polnischen Optanten in Schneidemühl behandelt worden sind. (Sehr richtig! links.) Gegenüber der Not, die es zunächst zu lindern galt, trat auch die Frage zurück: mühte es sich, sind von irgendwelchen Behörden bei den Verhandlungen mit Polen Ungeschicklichkeiten begangen worden, die zu Ungeschicklichkeiten geführt haben? In dieser Situation kam es nicht darauf an, zu untersuchen, ob Schuld oder Nichtschuld, sondern es kam darauf an, zu helfen. Und was haben wir erlebt?

In der deutschnationalen Presse, der Presse der stärksten Regierungspartei, trat der Protest gegen das barbarische Vorgehen der Polen zurück gegenüber den Angriffen gegen den verhassten preussischen Innenminister.

Nun, meine Damen und Herren, nach den Ergüssen der deutschnationalen Presse war ich für die Verhandlungen des heutigen Tages auf einigtes gefaßt. Um so mehr hat mich die Rede des Herrn v. Reudell überrascht. Das war ein sanftes Säuflein ohne jeden persönlichen Vorwurf, ohne den Versuch, irgendwelche Verantwortlichkeiten festzustellen. Ich fürchte, der sympatische Herr v. Reudell wird eine schlechte deutschnationalen Presse haben. Ich habe die Rede des Herrn v. Reudell nur so verstehen können, daß er sich seiner Preise geschämt hat (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten — lebhafter Jubel rechts), und ich habe aus den Beziehungen, die zwischen Herrn v. Reudell und Herrn Schiele bestehen, den Schluß gezogen, daß Herrn Schiele die gleiche Scham ergriffen hat. Es war eine merkwürdige Anfügung. Ich würde sehr gern das Wort von dem freihenden Berg zitieren; aber wir haben hier nicht einmal der Geburt einer Maus beigewohnt. (Heiterkeit links. — Jubel rechts.)

Nun hat Herr Schulz in seinem Schlusswort einiges zu retten gesucht, indem er sehr verklausuliert davon gesprochen hat, daß ungewissheit die Verantwortung für Mißstände das Ministerium treffe, dem die Aufnahmehäuser unterstellt seien. Dabei hat Herr Schulz aber eins übersehen. Gewiß hatte Preußen die Verpflichtung, für die ausgewiesenen Optanten einzutreten; aber das Reich hatte ganz die nämliche Verpflichtung. Diese Männer und Frauen waren nicht als Preußen, sondern als Deutsche ausgewiesen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und da gab es keinen Einwand der mangelnden Passivlegitimation für irgendein in Deutschland befindliches Ministerium. Und wie bezeichnend ist es — wir haben das ja von Herrn Reichsminister Stresemann gehört — daß man schon Anfang dieses Jahres zu Beratungen zusammentrat und an diesen Beratungen das Reichsministerium des Innern genau so teilgenommen hat wie das preussische Ministerium des Innern. Reu, es läßt sich nicht leugnen; wenn hier irgend etwas veräußert worden ist, so trägt neben dem preussischen Innenminister der Reichsinnenminister die Verantwortung mit.

Es kann in einer solchen Frage keinen deutschen Innenminister geben, der da sagt: hier bin ich desinteressiert, oder hier bin ich nicht orientiert.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Jubel rechts: Schneidemühl liegt in Preußen!) Es liegt aber erfreulicherweise auch noch in Deutschland. (Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob sie einmal die Reichsverfassung in der Hand gehabt und daraus entnommen haben, daß das Wanderungswesen zur Kompetenz des Reichs gehört, daß die Reichsregierung darauf Anwendung findet. Ich glaube, daß sich daraus auch die Zuständigkeit des Reichsinnenministers ergibt.

Im übrigen verweise ich Sie darauf, daß ein so objektives Blatt wie die „Germania“ die Heereien der Reichsregierung als unverantwortlich bezeichnen hat, weil ganz ungewissheit der Reichsinnenminister Herr Schiele genau so verantwortlich für irgendwelche Mißstände sei wie der preussische Innenminister Sedering.

Voraussetzungen abhängig zu machen, u. a. von vorheriger Einigung der Alliierten über die Gesamtheit der mit dem Garantieproblem zusammenhängenden Fragen. In dieser Forderung liegt für Deutschland die große Gefahr, daß die alliierten Kabinette mit einem fertigen Vertragsentwurf zur Konferenz kommen und Deutschland vor die Alternative gestellt wird, entweder den Plan der Alliierten in Vausch und Bogen anzunehmen oder die Verantwortung für ein Scheitern der Verhandlungen zu übernehmen. Wenn auch zunächst nicht anzunehmen ist, daß die englische Regierung sich zu einem solchen Verfahren bereitfinden wird, das Deutschland vor vollzogene Taten stellen und seine Zustimmung zu der geplanten Konferenz zu einer Farce machen würde, so scheint man doch andererseits in Paris die Hoffnung zu hegen, daß man das englische Auswärtige Amt durch Zugeständnisse an anderen Gebieten, vor allem in der Frage von Rußland und bei der Beilegung der Wirren in China, den französischen Wünschen gefügig machen könne. Auf jeden Fall dürfte die Konferenz kaum vor Ende September oder Anfang Oktober stattfinden. Man rechnet in Paris damit, daß, falls es in London zu einer Verständigung Briand-Chamberlain kommt, die französische Antwort kommende Woche nach Berlin abgehen wird, und man scheint dann zunächst abwarten zu wollen, welche Haltung Deutschland zur Frage des Eintritts in den Völkerbund einnehmen wird.

Franzosenclappe im Jordanland.

Jerusalem, 6. August. (Z.V.) Nach Verichten aus Amman gelang es den arabischen Druzen bei den Kämpfen mit französischen Truppen, mehrere Geschosse zu erobern und die Stadt Saida, die Hauptstadt der Jebel-Druzen, einzunehmen. Die Druzen sollen 100 mit Munition und Vorräten beladene Kamelle erobert, die Franzosen zahlreiche Verluste an Toten und Verwundeten erlitten und sich nach Gaza zurückgezogen haben.

begangenen Straftaten, insbesondere auch der Zunderhandlungen gegen Strafverurteilte, die sich auf Inflationen bezogen, wie z. B. Preisverleumdungen, Verordnungen über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln usw. Sozialdemokraten, Kommunisten und Bäckische stimmten gegen den zweiten Teil der Entschließung, der sich auf die Verträge gegen gewisse Handelsverordnungen bezieht. Die Sozialdemokratie wünschte eine Fassung, aus der hervorgeht, daß nicht die großen Schleber, sondern die vielen kleinen Sünder amnestiert werden sollten, die unter der Rot der Inflationszeit sich strafbar gemacht hatten.

Der Durchpeitschungsplan.

Neue Beschränkung der Redezeit bei der Steuerdebatte.

Nach einem Beschluß des Kabinetts des Reichstags, der vor der gestrigen Plenarsitzung zu einer Sitzung zusammentrat, soll am Freitag die dritte Lesung der Steuergesetze und am Sonnabend die zweite Lesung der Zollvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden. Darüber, bis wann die Beratungen zu Ende geführt werden sollen, wurde noch kein Beschluß gefaßt.

Bei der dritten Lesung der Steuervorlagen soll jede Partei im ganzen drei Stunden Redezeit zur Verfügung haben, gleichviel, welcher Redner und zu welchen Teilen der Vorlagen er sprechen wird.

Ueber die Einteilung der Beratung der Zollvorlage ist eine Vereinbarung noch nicht erzielt worden, es soll heute im Kabinettsrat darüber weiter verhandelt werden.

Von einer Sonntagsführung wird voraussichtlich Abstand genommen werden, desgleichen soll am Dienstag, dem Verfassungstage, keine Sitzung stattfinden.

Zentrum und Beamtennot.

Zunehmende Mißstimmung.

Ein Beamter aus Westfalen, der Zentrumsmann ist, schreibt uns: Das Zollkompromiß ist zustande gekommen, die Mieten sind auf 130 Proz. festgesetzt. In der Zentrumsprelle wird Barm geschlagen ob der Angriffe von sozialistischer Seite auf die Zentrumsabgeordneten. Es ist ja wohl hauptsächlich das Verhalten der Vertreter der Arbeiterbewegung des Zentrums gemeint worden. Zur Arbeiterbewegung gehören auch die Beamten, also auch der Sprecher des Zentrums in Beamtenangelegenheiten Dr. Altkotte. Altkotte hat bei den katholischen Beamten in letzter Zeit eine gewisse Berühmtheit dadurch erlangt, daß er alle Anträge auf Besserstellung der unteren Beamten niederstimmte half; dies gilt auch für die Anträge auf Verbesserung der Rechtsverhältnisse der Beamten. Wo es aber darum ging, die Lebenshaltung zu verteuern, die Mieten zu erhöhen, Brot, Fleisch, Gemüse, Kartoffeln zu verteuern, da hat die Zentrumsfraktion tapfer mitgeholfen. Man mache doch nicht den ewigen Einwurf, die Wirtschaft verlange das. Wie es in der Wirtschaft aussieht, wissen wir auch. Wir kennen auch die Drehbücher mit den Namen der Aufsichtsratsmitglieder und der Direktoren, die sich im Vergleich zu den Vorkriegszeiten wohl um 1000 Proz. vermehrt haben. Wir kennen aber noch unsere eigene Not.

Eines ist sicher, das Zentrum hat wohl selten so wenig sozial gedacht wie jetzt. Ein monatliches Einkommen von 120 M. ist nach Zentrumsansicht genügend für eine Familie von zwei Köpfen und erträgt noch eine weitere Verteuerung. Zugleich ein Wort über das Kinderprivileg, das vom Zentrum hauptsächlich vertreten wird. Das Vorkriegsgehalt erreicht ja bekanntlich erst der Verheiratete mit zwei Kindern; der Unverheiratete erhält keine 70 Proz. Bei diesen Renten langt es manchmal nicht zum Kostgeld, geschweige zur Anschaffung eines Anzuges. Von Ersparnissen zur Gründung eines Haushaltes ganz zu schweigen. Ihr Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung, wir fragen auch, wie sollen diese Männer zur Gründung eines Haushaltes kommen? Wie sollen diese Leute sich durchhungern, bis sie das Vorkriegseinkommen erreichen? Ist das christliche Recht, daß man auf der einen Seite stets Pflichten gegen Staat und Kirche erfüllen soll und andererseits die Arbeit Wöhleriger Männer so bewertet wird, daß sie gar keinen Hausstand gründen können? Damit ist nicht gesagt, daß die kinderreichen Familien zu viel erhalten. Es geht jetzt eine Notiz durch die Presse, die Regierungsparteien beachteten, die Gehälter der Gruppen 1-6 um 12 Proz., die der anderen Gruppen um 10 Proz. zu erhöhen. Wirklich sehr sozial denken die Regierungsparteien, denn das bedeutet für die unteren Gruppen ein Mehr von 10 bis 14 M., für die anderen ein Mehr bis zu 80 M. Das Zentrum hat jetzt noch einmal Gelegenheit, seine soziale Bestimmung zu zeigen. Wir werden uns die Einstellung des Zentrums und seiner einzelnen Vertreter jetzt genau ansehen; wir verlangen Unterstützung in der vollständigen Aufrollung des Besoldungssystems. Worte und Bertröstungen haben wir genug; Pflichten bestehen nicht nur für uns, Pflichten hat auch der Staat und somit die Parteien, die ihn verkörpern. Die Pflicht gegen die wirtschaftlich Schwachen hat die Zentrumsparlei stark vernachlässigt!

Das Elsaß als Brücke.

Studentische Verständigungsarbeit.

Strasbourg, 6. August. (Z.V.) Seit Sonntag weist eine Gruppe sozialistischer Studentinnen und Studenten aus Freiburg i. Br. hier, um aus eigener Anschauung das Schicksal des elsässischen Landes und Volkes kennen zu lernen und mit französischen Kameraden zusammen Möglichkeiten und Wege einer deutsch-französischen Verständigung und Verständigung zu erörtern. Die Zusammenkunft gewinnt Bedeutung dadurch, daß es sich hier um die ersten reichsdeutschen Studenten handelt, denen seit dem Anbruch einer Einreise nach Elsaß-Lothringen gestattet worden ist.

Belgisches Entgegenkommen.

Ein Schiedsgericht für den Graff-Prozess.

Brüssel, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat behandelte am Donnerstag die Frage des Schiedsgerichts der angeblichen Mörder des belgischen Leutnants Graff, der seinerzeit im besetzten Gebiet erschossen worden war. Das belgische Kriegsgericht in Kachen hatte seinerzeit deshalb mehrere Deutsche zum Tode verurteilt, während später ein Stettiner Gericht geklärt hatte deutsche Schutzpolizisten auf Grund eigener Geständnisse zum Tode verurteilt. Die belgische Regierung, in der jetzt die Sozialisten maßgebenden Einfluß haben, beabsichtigt, den Antrag zu stellen, die Angelegenheit einem deutsch-belgischen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die umstrittene Garantiekonferenz.

Unmöglichkeit Verhandlungsmethoden.

Paris, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Wenn auch der Zeitpunkt für die Begegnung zwischen Briand und Chamberlain noch nicht endgültig festgelegt ist, kann doch angenommen werden, daß Briand am Montag nach London reisen wird. Unterlächelte Kreise glauben, daß der Gedanke der Einberufung einer Konferenz, an der auch Deutschland teilnehmen wird, in den letzten Tagen erhebliche Fortschritte gemacht hat. Der französische Widerstand gegen eine Konferenz scheint stark abgenommen zu haben und Frankreich seine endgültige Zustimmung nur noch von gewissen

Ich will die wenigen Minuten, die mir noch bleiben, nicht dazu verwenden, dem Herrn Kollegen Bredt auf das Gebiet der allerhöchsten Politik zu folgen. Er hat von Polen als von einem künstlichen Staat gesprochen. Ich glaube, diese Bezeichnung kann man auf andere Staaten auch anwenden. Er hat Polen nur eine Existenzfrist von einigen Jahren zugemessen. Ich glaube, er wird sich als schlechter Prophet erweisen. Ich weiß auch nicht, woher er die Gabe der Prophetie hat; denn in der Bibel steht meiner Erinnerung nach, daß seit der Zerstörung Jerusalems nur noch die Kinder und die Narren die Gabe haben, Propheten zu sein (Heiterkeit links), und Herr Bredt gehört zu keiner dieser beiden Kategorien. (Erneute Heiterkeit.) Ich glaube, Herr Kollege Bredt, daß Sie Ihre Ausführungen besser bei der Beratung des auswärtigen Etats oder aber, wenn Sie so lange nicht warten wollen, beim Abendessen gemacht hätten. (Wiederholte Heiterkeit. Jubel rechts: Das hat mit der Optantenfrage unmittelbar nichts zu tun!) Ganz recht, aber weshalb machen Sie fortgesetzte Zwischenrufe? Glauben Sie, daß ich gewillt war, mit Ihnen Gedanken auszutauschen? Dabei mache ich doch nur ein schlechtes Geschäft. (Große Heiterkeit.)

Ich möchte meine Stimme über die Bände dieses Hauses erheben, und ich möchte wünschen, daß sie dort, wo sie gehört werden soll, vernommen wird. Ich möchte mich nämlich von dieser Stelle aus an die polnische Regierung wenden und möchte ihr sagen: des polnische Volk soll nicht glauben, daß das deutsche Volk ihm feindselig gesinnt ist. (Sehr wahr! links.) Die Erde hat Raum für Polen und für Deutschland. Ich kenne die polnische Kultur, und ich schätze sie. (Hört! hört! rechts.) Sie werden mir, glaube ich, nicht ein einziges polnisches Wort nennen können, das Sie gelesen haben, während ich Ihnen die Versicherung gebe, daß ich in den langen Jahren, die ich in dem gemischtsprachigen Gebiet verbracht habe, eine sehr geraume Zeit auf das Studium der polnischen Literatur verwendet habe.

Ich sage, der polnische Kultur und der hohen Religiosität, die dem polnischen Volke eigen ist, ist die Maßnahme unwürdig, die die polnische Regierung jetzt getroffen hat.

Die polnische Regierung hat Glück gehabt. Diese Massenausweisung war geeignet, einen Entrüstungssturm in der ganzen Welt auszulösen. Aber freilich, wenn man in Deutschland, dem nächstverlorenen Lande, in welchen Kreisen keine andere Sorge hatte als die, den Innenminister, dem man schwerwiegende Vorwürfe gar nicht machen kann, sofort zur Strecke zu bringen, was soll ich dann die Welt um diese Maßnahme kümmern? (Vehhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist diesmal das Glück der polnischen Regierung gewesen. Möge sie nicht glauben, daß sie es immer haben wird. Ich bin so objektiv, daß ich eine Abneigung gegen uns, gegen Deutschland, auf Grund der Vergangenheit bis zu einem gewissen Grade begreife. (Hört! hört! rechts.) Begreifen Sie das nicht? Dann bitte ich Sie, einmal an das Entzignungsgesetz, das Hundertmillionen und andere derartige Gesetze zu denken. (Große Unruhe rechts. Glocke.)

Ich sage aber der polnischen Regierung: Man kann weder vom Groß leben noch davon, daß man in solche Lage, sich auf das formale Recht zu berufen. Die Grundlage der Staaten muß die Sittlichkeit und die höhere Gerechtigkeit sein.

(Vehafter Beifall bei den Sozialdemokraten und den Demokraten. — Aufrufe bei den Bäckischen. — Erneuter Beifall und Händeklatschen links.)

Abg. v. Kamla (Bölk.) erklärt, solche Vorgänge, wie die polnische Ausweisung seien nichts als die Folge der Erfüllungspolitik, die seit Unterzeichnung des Schandfriedens getrieben werde. Man müsse endlich einmal das Steuer herumreißen. (Beifall und Heiterkeit bei den Bölk. — Jubel links: Ludendorff!)

Mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten wird

eine interfraktionelle Entschließung

angenommen, die folgendermaßen lautet: Der Reichstag protestiert gegen die von der Regierung der Republik Polen gegen die deutschen Optanten rücksichtslos verfügten Ausweisungen. Er gibt der Heberzeugung Ausdruck, daß durch eine solche Verletzung unerbittlicher Menschenrechte dem Frieden der Welt nicht gedient wird. Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, auch weiterhin alle Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um die polnische Regierung von der Fortsetzung einer so verwerflichen Politik fernzuhalten und mit aller Kraft für das Wohl und die Zukunft der vertriebenen Deutschen zu sorgen.

Alle übrigen Anträge werden mit Ausnahme der der Bäckischen und Kommunisten zurückgezogen. Die Anträge der letztgenannten Parteien wurden abgelehnt.

Die von den Abg. Gildemeister (D. Sp.) und Genossen eingebrachte Novelle zur Verordnung über die Kraftfahrzeuge (Linien) wird ohne Debatte in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Die Novelle zur Verordnung über den Verkehr mit Vieh und Fleisch wird gleichfalls debattelos in zweiter und dritter Beratung endgültig angenommen.

Am 9 Uhr verlagert sich das Haus auf Freitag, 10 Uhr vorm. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Steuervorlagen, ein Zentrumsantrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Verhältnisse in der Verwaltung des Branntweinmonopols und die zweite Beratung des Zolttarifs.

Abbau der Reise-Erschwerung.

Auch das Schweizer Visum soll verschwinden.

Genf, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Die unmittelbar bevorstehende Aushebung des Schillermerks zwischen Deutschland und Österreich, der bald die gleiche Verkehrsvereinfachung zwischen den zwei deutschen Republiken und der Eidgenossenschaft folgen dürfte, hat den Schweizer Bundesrat zu gleichem Vorgehen angeregt. Die Schillermerksfreiheit, die schon zwischen der Schweiz und Frankreich besteht, soll auch auf die drei anderen Nachbarstaaten der Eidgenossenschaft ausgedehnt werden. Entsprechende Verhandlungen mit den Kantonsregierungen sind eingeleitet.

Zu Mitgliedern des Verwaltungsrats der Deutschen Rentenbank-Arbeitsbank sind neben einer Reihe von führenden landwirtschaftlichen Unternehmern und einigen Beamten berufen worden der 1. Vorsitzende des Deutschen Landarbeitersverbandes Georg Schmidt-Röpenck und der 1. Vorsitzende des Christlichen Landarbeitersverbandes Franz Behrens.

Die neue Danziger Regierung dürfte am 19. d. M. gewählt werden und am 20. d. M. ihr Amt antreten; sie wird aus Zentrum, Liberalen und Sozialdemokraten bestehen.

Norwegen rüft ab. Die Militärkommission des norwegischen Parlament hat mit den Stimmen der Mitte und Linken gegen die Rechte vorgeschlagen, das Militärbudget des Landes von 40 auf 80 Millionen Kronen herabzusetzen.

In Marokko haben die Franzosen die neue Eisenbahnlinie Anitra-Andalusi eröffnet. — Die Franzosen hatten in den letzten Tagen einige Erfolge. Nördlich des Herghakuffes drangen einige Abteilungen vor. Die Eingeborenen mußten an mehreren Stellen ihre vorgeschobenen Posten zurückziehen.

Die Bauunternehmer sperren aus.

Zur Ausübung der Kontrolle über die Baufirmen.

Seit vier Wochen streiken in Berlin die Bauarbeiter. Nachdem die Tariforganisationen des Baugewerbes beschlossen haben, daß überall dort die Arbeit aufgenommen werden kann, wo die Unternehmer die Mindestforderungen bewilligen und unterschrittlich anerkennen, ist der Streik infolge in ein neues Stadium getreten, als die Zahl der Firmen, die die Forderungen anerkennen, von Tag zu Tag zunimmt.

Diesem „Mißgeschick“ sucht nun der Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin zu begegnen. Durch Rundschreiben vom 4. August hat er für heute die Ausdehnung der Sperre im Tarifgebiet von Groß-Berlin angeordnet. Das Rundschreiben trägt den Titel: „Der Kampf steht gut für uns!“ Mit dieser Überschrift will der Verband der Baugeschäfte offenbar sich und seinen Mitgliedern Mut machen. In dem Rundschreiben heißt es:

„Die Bemühungen der Gewerkschaften, die Unternehmer des Baugewerbes zur Anerkennung ihrer Bedingungen zu bringen, können als gescheitert angesehen werden. Nur einige kleine „Firmen“ sind abgefallen.“

Dazu ist zu bemerken, daß unter den mehr als 300 Firmen, die in Berlin die Forderungen der Bauarbeiterorganisationen bewilligt haben, sich gewiß auch eine größere Zahl kleinerer Firmen befindet, aber auch Großbetriebe und viele Mittelbetriebe.

„Alle anderen Geschäfte, die sich bewußt sind, daß sie mit der Bewilligung der Forderungen der Gewerkschaften sich für ein volles Jahr von jeder Tätigkeit ausschließen, stehen einmütig und mit größter Entschlossenheit zum Verband, von dessen Mitgliedern nicht ein einziger untreu geworden ist.“

Wogu wir zu bemerken haben, daß nicht nur eine Mitgliedsfirma des Verbandes der Baugeschäfte, sondern eine größere Anzahl „untreu“ geworden sind. Die Drohung, daß die Firmen, die die Forderungen bewilligen, „sich für ein volles Jahr von jeder Tätigkeit ausschließen“, kann unter den gegenwärtigen Umständen nur lächerlich wirken. Sie zeigt aber, mit welchen terroristischen Mitteln die Unternehmer arbeiten, die sonst nicht genug über den Terror der Gewerkschaften schreiben können.

„Um eine einwandfreie Kontrolle über alle Bauarbeiten im Tarifgebiet vornehmen zu können, und um der Arbeiterschaft zu beweisen, daß der eiserne Wille der Arbeitgeber, diesen Streik unter allen Umständen abzuwehren, jetzt nach vierwöchiger Dauer des Kampfes genau so fest wie am ersten Tage besteht, hat die außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes am 3. August 1925 beschlossen, am Arbeitschluss des 7. August 1925 alle jetzt noch in den Betrieben befindlichen baugewerblichen Arbeitnehmer zu entlassen.“

Es folgen dann genaue Anweisungen, wie die Ausdehnung vorzunehmen ist, wer ausgesperrt werden soll usw. „Kontrollarbeiten“, heißt es dabei u. a., „dürfen nur mit Zustimmung des Vorstandes ausgeführt werden.“

In der nicht unbegründeten Annahme, daß die Mitglieder sich an einen derartigen Aussperrensbeschluss nicht mehr halten werden als an die vorhergehenden Anweisungen, alle Forderungen unbedingt abzulehnen, hat die Hauptversammlung des Verbandes der Baugeschäfte beschlossen:

„Daß in jedem Falle eines solchen Verstößes eine Buße von 50 Reichsmark für jeden weiterbeschäftigten Arbeitnehmer und für jede Woche der Beschäftigung zu verhängen ist.“

Weiter beschloß die Hauptversammlung, daß es den Verbandsmitgliedern während der Dauer des Kampfes untersagt ist, Baumaterialien, Maschinengeräte, Gerüste und Werkzeuge anderen Baugeschäften zur Ausführung von Bauarbeiten zu überlassen. Dann heißt es in dem Rundschreiben:

„Mit Rücksicht darauf, daß fast alle Betriebe unter Mangel an Betriebskapital zu leiden haben, und ihre Verbindlichkeiten zum größten Teil nur aus den laufenden Einnahmen decken können, deren Eingang durch den Streik stockt, sind wir gern bereit, an die Gläubiger der baugewerblichen Betriebe unter Darlegung der Ursachen des schweren Kampfes im Berliner Baugewerbe die dringende Bitte zu richten, fällige Forderungen bis nach Beendigung des Streiks zu stunden, keine Maßnahmen irgendwelcher Art wegen verzögerter Zahlungen einzuleiten und insbesondere keine Wechsel der Baubetriebe zu protest zu geben.“

Das Rundschreiben sagt allerdings nicht, was der Verband der Baugeschäfte tun will, wenn seiner „dringenden Bitte“ von den Gläubigern nicht stattgegeben wird. In Punkt Finanzen will er wohl Geldbußen verhängen, aber offenbar ist er nicht in der Lage, den finanziell bedrängten Unternehmern irgendwelche tatsächliche Hilfe anzubieten zu lassen.

Wenn es in dem Rundschreiben heißt, daß nicht eine einzige Mitgliedsfirma des Verbandes untreu geworden sei, so behauptet die Unternehmerorganisation, gez. Otto Heuer und Dr. Georg

Mielenz, wider besseres Wissen, eine Unwahrheit. Vor uns liegt ein Schreiben an einen Bauunternehmer, gez. von dem Syndikus Mielenz, in dem der betreffende Bauunternehmer aufgefordert wird, sich darüber zu erklären, ob die Mitteilung, daß er die Forderung bewilligt habe, richtig sei. Falls eine Antwort nicht erfolge, würde der Verband den betreffenden Bauunternehmer als einen abtrünnigen behandeln.

Aus diesen Tatsachen geht mit voller Deutlichkeit hervor, daß die Behauptung der Heuer-Mielenz, die Unternehmer könnten die Forderungen nicht bewilligen, weil sonst das Baugewerbe zum Stillstand käme, von den Unternehmern selbst Lügen gestraft wird. Eben weil trotz des größten Terrors, der von den Unternehmern ausgeht, die Zahl der Bauunternehmer, die die Forderungen bewilligen, und dabei sehr gut fahren, täglich zunimmt, gerade, um diese Belegung des Baumarcktes zu verhindern, hat die Unternehmerorganisation die Ausdehnung beschlossen.

Diese Ausdehnung ist ein Verzweiflungsakt. Es ist der Verzweiflungsakt von Leuten, die jede Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft als „Machtprobe“ ansehen und die mit diesem Verzweiflungsakt den Zusammenbruch ihrer Machtpolitik zu verhindern hoffen.

Unterstützungsaktion für die Ruhrbergarbeiter.

Am Freitag tritt im Reichsarbeitsministerium in Berlin der Ausschuss für die Umsiedlung und Umschichtung der erwerbslosen Bergarbeiter im Ruhrgebiet für die Unterstützung der Arbeitslosen und für die Entschädigung der Belegschaftsmitglieder der stillgelegten Betriebe zusammen. Der Ausschuss für die Nachprüfung der Selbstkosten und der sozialen Versicherungsbeiträge wird am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium tagen.

Aussperrung der Hüttenarbeiter in Ostoberschlesien.

Sie kämpfen um den Achtstundentag!

Am 21. Juli lief die Frist ab, bis zu der die Arbeitszeit in Ostoberschlesien auf 10 Stunden verlängert worden war. Mit diesem Zeitpunkt sollte in allen Hüttenwerken und Zinkhütten die dreiteilige Schicht bzw. der Achtstundentag wieder eingeführt werden. Schon vor Ablauf dieser Frist ließen die Arbeitgeber nichts unversucht, um das Inkrafttreten der gekürzten Arbeitszeit zu hintertreiben. Mit Denkschriften und Eingaben wurde die polnische Regierung bombardiert, bis sie dem Drängen der Arbeitgeber in einigen Punkten nachgab. Die achtstündige Arbeitszeit sollte nach der Verfügung des Ministers Sozial nach und nach in den einzelnen Betriebszweigen der Eisenindustrie wieder eingeführt werden.

Die Arbeiterschaft blieb dabei nicht müßig. Auch sie versuchte auf die Regierung einzuwirken, das Versprechen, den Achtstundentag ab 1. August in den Eisenhütten wieder einzuführen, einzulösen. Langwierige Verhandlungen mit den Organisationsleitungen gingen voraus. Das Resultat war die erwähnte Zusage des Ministers Sozial. Betriebsrätekonferenzen und Belegschaftsversammlungen forderten die sofortige Einführung des Achtstundentages. Die Organisationsleitungen forderten die Arbeiterschaft im Geländebestritt auf, ab Montag, den 3. August, die Arbeit nach acht Stunden zu verlassen. Das geschah auf einzelnen Hüttenwerken. Am Dienstag, den 4., wurde die zweite Schicht zur Arbeit nicht zugelassen (Zwei-Uhr-Schicht). Verhandlungen waren erfolglos. Die Arbeitgeber bestanden auf der Leistung der zehnstündigen Schicht. Nachdem die Arbeiterschaft diese Forderung ablehnte, sind am Mittwoch, den 5. August, nachstehende Werke ausgesperrt worden:

Ferum-Badion- und Warthöhle bei Kattowitz, Bismarck- und Falcohütte in Bismarckhütte, die Königs- und Laurahütte und die Friedenshütte, sowie das Eisenwerk Paruschowig bei Rybnik. In Betrieb ist nur noch das Elektrizitätswerk Chorzow und die Hubertushütte bei Beuthen. Notstandsarbeiten werden von den Angestellten verrichtet. Zurzeit befinden sich die Organisationsleitungen in Warschau, um mit der Regierung über die Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes zu verhandeln. In letzter Stunde sind auch noch die Arbeiter der Zinkhütten teilweise ausgesperrt worden, so daß

von der Aussperrung etwa 35 000 Arbeiter betroffen sind. Der Bergbau ist von dieser Bewegung unberührt und arbeitet unter Einlegung von Freierichtungen weiter.

Diese Bewegung ist auch in Westoberschlesien, soweit die Hüttenarbeiter in Frage kommen, von großer Bedeutung. Auch hier ist der Streik um die Arbeitszeit an den Hochöfen und in den Kokereien noch nicht erledigt. Hier soll die Arbeitszeit am 1. Oktober auf acht Stunden festgesetzt werden. Die Arbeitgeber werden auch diesen Termin nicht einhalten wollen und versuchen eine Verlängerung der Frist

herbeizuführen. Der Zollkrieg macht sich in katastrophaler Weise bemerkbar. Vornehmlich sind davon die Drahtwerke in Gleiwitz und Hindenburg betroffen. Mehr als 4000 Arbeiter dieser Industrie arbeiten seit Wochen nur drei Tage in der Woche. Die Löhne stehen in keinem Vergleich zu der angezogenen Teuerung. Die Spitzenlöhne betragen 45 Pf. für gelernte Arbeiter, für ungelernete 33 Pf. Die Arbeitgeber fordern, daß diese Löhne abgebaut werden. Im Biberger Falle drohen sie mit weiterer Betriebseinschränkung. Die Metallarbeiterverbände haben die Forderung nach Lohnherabsetzung als undiskutabel zurückgewiesen und eine Lohnherhöhung beantragt. Diese ist von Arbeitgeberseite abgelehnt worden. Der Schlichter soll in diesem Streitfall entscheiden. Gelingt es der deutschen und polnischen Regierung nicht, auf die Scharfmacher in beiden Teilen des Abstimmungsgebietes einzuwirken, dann geht die Wirtschaft einer Katastrophe entgegen. Die Arbeiterschaft ist empört, weil ihr vor der Abstimmung von beiden Regierungen Versprechungen gemacht worden sind, an deren Einnistung keine der beiden Regierungen ernstlich denkt.

Zum Kapitel Einheitsfront.

Zu der „Verteidigung“, die der Vorsitzende des sogenannten Verbandes der ausgesperrten Bauarbeiter in Berlin, Paul Kaiser, und ausgeführt hat und die wir in unserer Abendausgabe vom 3. August veröffentlicht haben, wird uns geschrieben:

Es ist richtig, daß die Versammlung, in der Kaiser gegen die Biberbervereinigung seine Attacke richtete, nicht in Lichtenberg stattfand. Die Versammlung wurde abgehalten im „Steuerhaus“, Landsberger Allee Ecke Köderstraße, also hart an der Grenze von Lichtenberg. Kaiser gibt in seiner Verteidigung zu, daß über die Biberbervereinigung erst nach dem Kampfe geredet werden könne. Das enthält gleichzeitig das Eingeständnis, daß er gegenwärtig von der Biberbervereinigung nichts wissen will. Ueberraschend ist allerdings, daß Kaiser den Mut zu dieser „Verteidigung“ aufbringt. Denn seiner Rede, die sich nebenbei auch gegen die SPD richtete, wohnte eine zu große Anzahl Zeugen bei, als daß die Tatsachen noch weggelugnet werden könnten.

Schiedspruch für den Braunkohlenbergbau.

Im Reichsarbeitsministerium wurde ein Schiedsspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau gefällt, der eine Lohnerhöhung von 8% für das Kerngebiet und eine solche von 3 bis 5% für das Randgebiet vorsieht. Die Lohnerhöhung erfolgt rückwirkend ab 1. August.

Waldwin rechtfertigt sich vor den Unternehmern.

London, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Unterhausdebatte über die Graubensubventionen wurde am Donnerstag von Waldwin eingeleitet. Er erging sich dabei in heftigen Vorwürfen gegen die Gewerkschaften und sagte, es habe kein anderes Mittel als die Subventionen mehr gegeben, um einen unglückseligen Streik zu vermeiden. Die Regierung hätte einer geschlossenen Front von Gewerkschaften, die mit dem Generalfreistrotz drohen, gegenübergestanden. Wenn diese Drohung von der ganzen Arbeiterpartei gutgeheißen worden wäre, so zeuge das von gar keinem Verständnis. Sollten wir wieder einmal einer solchen Herausforderung begegnen müssen, so werden wir in diesem Hause daran zu erinnern haben, daß unmögliche Forderungen einer Minderheit hinter dem Vorzeichen der Allgemeinheit zurückzutreten haben. — Am Schluß der Rede Waldwins applaudierten die Konservativen, in den Reihen der Abgeordneten der Arbeiterpartei wurden Protestrufe laut.

Streikbeschuß der amerikanischen Hartkohlenerbeiter.

New York, 6. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Bergarbeiter in Atlantic City (Philadelphia) haben am Mittwoch einen Ausschuss gebildet, der sofort nach seiner Konstituierung den Streikbeginn für den 1. September endgültig festgelegt hat.

Kranführer, Anführer der Berliner Metallindustrie. Sonnabend abend 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelsteiner 24, Aufgang B, parterre, Zimmer 4, Vollversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Regelung der Lohnverhältnisse. Die Betriebsräte und Betriebsausschüsse werden ersucht, die in ihren Betrieben tätigen Kranführer und Anführer auf diese Versammlung zu verweisen. Deutscher Verkehrsverband.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Estermann; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schulz; Republikan: Dr. John Schilowski; Sozial und Sozialisten: Fritz Korfelt; Amerikaner: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Stern-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Die alten Indianer wußten wohl warum sie den Mais anbauten, er garantierte ihnen ihr Leben!

MAIZENA

ist das beste und edelste Maisprodukt. Auch der schwächste Magen kann es verdauen. Darum bekommt es Kindern so gut und Kranken und Genußenden.

Kochbücher gratis durch die Deutsche Maizena Gesellschaft A.-G. HAMBURG 15.

Billige Lebensmittel Hermann Tietz

Mengenangebote vorbestellen

Frisches Fleisch	Kolonialwaren	Wurstwaren	Käse	Obst und Gemüse
Hammelfleisch (Dicke Rippe) Pfund 82 Pf.	Weizenmehl Pfund 21 Pf.	Delik.-Sülze Pfund 50 Pf.	Romaneur Pfund 22 Pf.	Schmorgurken Pfund 7 Pf.
Hammelfleisch (Dicke Rippe) Pfund 82 Pf.	Auszugmehl Pfund 25 Pf.	Schweinskopf Pfund 80 Pf.	Camembert Schokolade 32 Pf.	Grüne Bohnen Pfund 10 Pf.
Hammelfleisch Pfund 1 00	Weizengrübchen Pfund 45 Pf.	Grobmettwurst Pfund 1 00	Brieckäse Pfund 50 Pf.	Weisskohl Pfund 4 Pf.
Kalkskamm Pfund 80 Pf.	Weizengriess Pfund 25 Pf.	Fleischwurst Pfund 1 15	Kümmelkäse Pfund 35 Pf.	Rotkohl Pfund 3 Pf.
Kalbshäuten u. Brust Pfund 90 Pf.	Makkaroni Pfund 48 Pf.	Hausmacher Pfund 1 15	Limburger Pfund 95 Pf.	Wirsingkohl Pfund 3 Pf.
Kalkskamm Pfund 1 00	Eier-Schnittmehl Pfund 50 Pf.	ff. Leberwurst Pfund 1 40	Tilsiter Vollkorn Pfund 1 00	Schlangengurken Stück von 12 Pf. an
Schweinebauch ohne Beilage Pfund 1 15	Java-Reiss Pfund 38 Pf.	Corned beef Pfund 80 Pf.	Alg-Stangenkäse Pfund 1 00	Tomaten Pfund 8 Pf.
Schweinebauch mit Beilage Pfund 1 25	Vollmilch 85 Pf.	Kaffee 2 70	Naturbutter 88 Pf.	Koch- und Essäpfel Pfund 15 Pf.
Rindertalg selbst ausgelassen Pfund 70 Pf.	4 große Dosen	frisch gebrannt, 1/2 Liter von 2 70 ab	1/2-Pfund-Stück	Grosse Äpfel Pfund 30 Pf.
Schweineköpfe mild gepökelt Pfund 30 Pf.	FASSWEINE zu Sonderpreisen in den bekannten guten Qualitäten	Montagne vorzüglicher voller Rotwein Liter 1 00	Deutscher Weinbrand 4 00	Räucherwaren und Fische
Rinderherzen gefroren Pfund 32 Pf.	u. a. Roter Tarragona 1 50 Liter	unsere Spezialität, 1/2 Liter frz. Weinfr. brand, Liter	Schleibücklinge 42 Pf.	Schleibücklinge 42 Pf.
Pa. Rinderbacken gefroren Pfund 40 Pf.	Mittel- u. kleiner Rheingölzer Weisswein 90 Pf. Liter	als kleiner Tischwein u. z. B. bei festl. Gelegenheiten	Rotbars frisch Pfund 20 Pf.	Rotbars Pfund 42 Pf.
Pa. Ochsenzungenfleisch gefroren Pfund 50 Pf.	ZUR BOWLE:	10 Fl. 1923er St. Mariner Schlossberg vorz. rel. eintr. Qual. } 12 00	Kabiau o. K. Lg. Pfund 20 Pf.	Seelachs Pfund 45 Pf.
In unserer Konfitürenabteilung:	2 Fl. Herle-Silber „Fruchtschaumwein“ } 12 00	1921er Alsterweilerer Letten 1/2 Fl. 1 75	Seelachs o. K. Lg. Pfund 18 Pf.	Lamplichter 40er, 30er, 24er 1/4 Pfund Karton 45 Pf.
Bensdorp-Kakao garantiert rein Pfund 85 Pf.	Frankl. Pfund 52 Pf.	1921er Apfelwein 52 Pf.	Marsallier-Seife ca. 500 g 70 Pf. ca. 1000 g 1 35	Wachskernseife ca. 500 g 65 Pf. ca. 1000 g 1 25
Kakao garantiert rein Pfund 55 Pf.	Deutscher Weinbrand „Adler-Silber“ vorz. rel. eintr. Qual. 1/2 Liter 3 75	1921er Apfelwein 52 Pf.	Salmiak-Balsmeife Stück 45 Pf.	Fassbodenöl farb- u. geruchlos, 1/2 kg-Flasche 1 30
Pfefferminz-Merzellen Pfund 95 Pf.	1921er Apfelwein 52 Pf.	1921er Apfelwein 52 Pf.	Dr. Escherichs Fleckengelst Flasche 45 Pf.	
Schmelz-Schokolade 100 g 8 Tafeln 1 00	Deutscher Weinbrand „Adler-Silber“ vorz. rel. eintr. Qual. 1/2 Liter 3 75	1921er Apfelwein 52 Pf.		

Flaschenweinepreise ohne Steuer u. Flasche

Das Programm der Verfassungsfeier.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die aus dem Reich eingetroffenen Republikaner sammeln sich am Sonntag vormittag in verschiedenen Stellen der Stadt, um von dort aus geschlossen mit den Republikanern des betreffenden Stadtteils zur Verfassungsfeier im Treptower Park zu fahren oder zu marschieren. Dieses Sammeln gibt Gelegenheit zu 20 großen Verfassungsfeiern innerhalb der verschiedenen Stadtteile Berlins. Als Redner auf diesen Bezirks-Verfassungsfeiern sind folgende Persönlichkeiten gewonnen worden: Bezirksleiter Georg Bernhardt, Mitglied des Preussischen Staatsrats Czeminsti, Erdmannsdörfer, Bezirksleiter Helmuth v. Gerlach, Senatspräsident Großmann, Landtagsabgeordneter Harnisch, Bürgermeister a. D. Heßlein, Dr. Hirschfeld, Reichstagsabgeordneter Kogke, Reichstagsabgeordneter Künstler, Dr. Kammrich, Direktor Dr. Köppler, Landtagsabgeordneter Otto Meier, Meiers, Reichstagsabgeordneter Dr. Moses, Redakteur Romack, Professor Paul Destreich, Oberregierungsrat Dr. Simons, Reichstagsabgeordneter Otto Weis. Die Feiern finden in folgenden Stadtteilen zu den angegebenen Zeiten statt: Fahnenkompagnie: Abmarsch pünktlich 12.30 Uhr ab Dierckensstraße; Kameradschaft Tiergarten: Magdeburger Platz 10.30 Uhr; Kameradschaft Wedding: Schillerpark 10 Uhr; Kameradschaft Prenzlauer Berg: Arnswaldener Platz, Trautner Straße, 11 Uhr bis 11.20 Uhr; Kameradschaft Friedrichshagen: Behorwiese 11 Uhr; Kameradschaft Kreuzberg: Belle-Alliance-Platz 11 Uhr; Kameradschaft Charlottenburg: Luisenplatz 11 Uhr; Kameradschaft Spandau: Rathausvorplatz 10 Uhr; Kameradschaft Wilmersdorf: Fehrbelliner Platz 10 Uhr; Kameradschaft Schöneberg-Friedenau: Rudolf-Wilde-Platz 10.15 Uhr; Kameradschaft Steglitz einschließlich Zehlendorf: Carmerplatz 11 Uhr; Kameradschaft Tempelhofer Park an der Bosestraße 11 Uhr; Kameradschaft Neukölln: Herbergplatz 12.15 Uhr; Kameradschaft Treptow: Bahnhof Niederlehndeweide 12 Uhr; Kameradschaft Köpenick: Wilhelmplatz 11 Uhr; Kameradschaft Lichtenberg: Parkane Lichtenberg 11 Uhr; Kameradschaft Weihensee: Platz vor dem Schloss Weihensee 11 Uhr; Kameradschaft Pantow: Marktplatz Pantow 11 Uhr; Kameradschaft Reinickendorf: Reinickendorfer Platz 10.15 bis 10.45 Uhr.

Dank des Reichsbanners an die Quartiergastgeber.
Der Gaudobauer Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erucht uns, allen, die sich in so liebenswürdiger Weise bereit erklärt haben, Quartiere für die auswärtigen Kameraden zur Verfügung zu stellen, den besten Dank auszusprechen. Es wird hiermit die Bitte verbunden, am Sonntagabend abend Rücklicht auf das späte Eintreffen vieler Kameraden zu nehmen und dementsprechend die Häuser offen zu halten.

Ankunft der Deutsch-Österreicher!
Die Abordnung der deutsch-österreichischen Republikaner, die zum Großdeutschen Tag am Sonntag und Sonntag nach Berlin kommen, treffen am Sonntagabend früh mit dem fahrplanmäßigen D-Zug 9^u Uhr auf dem Anhalter Bahnhof ein. Dort werden die Österreicher von dem Gaudobauer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold begrüßt. Vor dem Bahnhof nimmt die Kameradschaft Berlin-Kreuzberg die Österreicherischen Kameraden in Empfang.

Deutschösterreicher nehmen an der Verfassungsfeier teil.
Aus weiten Kreisen der in Berlin lebenden Deutschösterreicher ist dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der Wunsch übermittelt worden, den Deutschösterreichern die Teilnahme an der Feier, die ja gleichzeitig den Charakter des großdeutschen Tages trägt, zu ermöglichen. Das Reichsbanner ist diesem Wunsch nachgekommen und hat das Café Bauer, das in unmittelbarer Nähe der Treptower Spielwiese liegt, von 1 Uhr ab als Sammelstelle für die in Berlin lebenden Deutschösterreicher bestimmt. Den Deutschösterreichern ist hier der Zutritt mit Ausweisen der österreichischen Vereine und gegen Entnahme der Verfassungsfeierabzeichen möglich. Soweit österreichische Vereine mit ihren Bannern an der Veranstaltung teilnehmen wollen, wird um möglichst umgehende Meldung an die Bauleitung des Reichsbanners, Sebastianstraße 37/38, gebeten.

Auch die Segler machen die Vorkochfahrt mit.
An der bereits gemeldeten Wasserlorenzifahrt der Republikaner werden außer den Ruderern, Boot- und Kanufahrern auch eine große Anzahl Segelboote teilnehmen, die, wie alle anderen Boote, reichen republikanischen Flaggenschmuck tragen.

Eine Kunstfeier ausgeführt Postkarte bringt der Reichsbanner-Warenvertrieb zum Großdeutschen Tag und zur Verfassungsfeier heraus. Sie zeigt im Vordergrund einen jungen Reichsbannerkameraden, der in nerviger Faust das schwarzrotgoldene Banner hält. Darunter stehen die Worte: „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten.“ Die Karte wird zum Preise von 10 Pf. vertrieben. — Ebenso ist eine Postkarte erschienen, die in bester Ausstattung u. a. Beiträge der Genossen Theodor Leipart, Staatssekretär Heinrich Schulz, Professor Paul Decker, Professor Leopold Jester, Fritz Koch, ferner von G. v. Gerlach, General v. Deimling, Graf Harry Repler enthält. Zeichnungen von Käthe Kollwitz, Steinert, Klein und Lehnert. Preis 50 Pf.
Im Reichsbanner-Warenvertrieb, Sebostianstr. 37/38, geöffnet von 9 bis 7 Uhr, ist jedoch zur Ausschmückung der Häuser zum Großdeutschen Tag Flaggenpapier, das Meter mit 50 Pf., sowie Girlanden eingetroffen. Ferner sind wieder drei neue Verkaufsstellen für Fahnen eingerichtet: Charlottenburg, Wilhelmshof, Berliner-Edel-Spreestr., Fritz Hamburg, Steglitz, Schloßstr. 108, L. Böttin, Berlin N., Kintonstr. 35.

Ein betrögter Betrüger.
Sigi Goldfaden zu Gefängnis verurteilt.

Graf R hatte dem Sigi Goldfaden das „Patent“ erteilt: Er hat ihn, der einen „gesellschaftlich tadellosen Eindruck“ machte, in die sogenannten Potsdamer Hofkreise eingeführt. Und nun wurde er geradezu bestürmt. Und die Gesellschaft der Grafen, Barone, Kammerherren, Hofmarschälle, adeliche Damen und Herren buhlten förmlich um seine Günst: „Lieber Sigi, unter Familienschmuck verkauft in unseren häuslichen Treibern, Hofflichkeiten gibts nicht mehr und unsere Rottage schreit gen Himmel. Hier hast du alles, was wir besitzen! Möge es dir und uns zum Segen gereichen.“ Und der gute Sigi, großzügig, wie er nun einmal war, ging selbst so weit, zu versprechen, den Schmuck für etwaige Hofflichkeiten freigegeben zu wollen. Was das ein patentierter Kerl. Und Sigi versprach die toten Juwelen „lebendig“ zu machen, sie zu lombardieren, in Terrains und Industrie anzulegen. Er zahlte auch wirklich die Zinsen. Der „Präsident“ Singer — sein Bruder besah Petroleumsäulen in Amerika —, Vertrauensmann Wiener, Pariser und Kopenhagener Banken, der „Freund“ Sigs und der Bekannte des Grafen R, sollte die Juwelen ins Ausland bringen, schaffte sie auch wirklich fort, holte sich immer neue und als Sigi verhaftet wurde, war der „Präsident“ erschrocken und mit ihm auch das viele Geld, das er für die Juwelen erhalten haben mag. So war der Jude Goldfaden der betrögter Betrüger. Er behauptet allerdings, nie ein Betrüger gewesen zu sein. — Das Gericht hatte zu entscheiden, ob Goldfaden, der der Potsdamer Hofgesellschaft so arg mitgespielt hat, geistesgesund oder geisteskrank gewesen ist. Den adelichen Herren und Damen könnte dieses schließliche Urteil sein: die Juwelen sehen sie doch nicht wieder. Ob es ihnen ganz egal ist, ob sie sich von einem gefunden oder einem kranken Menschen haben einwickeln lassen, mögen sie selber entscheiden. Goldfaden litt nämlich an einer Krankheit des Zentralnervensystems. Das Gericht hatte zu entscheiden, ob er für seine Taten verantwortlich gemacht werden kann. Der Sachverständige Dr. Marcuse meinte, daß die Wahrscheinlichkeit einer beginnenden progressiven Paralyse gegeben sei. Dafür spreche auch seine ungeheure Verschwendungssucht — die 300 seidenen Hemden und die 100 Anzüge, seine ethische Hemmungslosigkeit. Der Sachverständige Prof. Seeler wollte von einer beginnenden Gehirnveränderung nichts wissen. Prof. Cramer, der gewissermaßen als Oberaufseher herangezogen wurde, bestritt auch seinerseits nicht die Möglichkeit der beginnenden Krankheit. Das Gericht erklärte aber Goldfaden verantwortlich für seine Handlungen und verurteilte ihn unter Anrechnung der Untersuchungshaft zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Dies das Ende des „hoffähigen“ Juden Goldfaden. Der zukünftige Sittenschilderer der Wäldigen der Nachkriegszeit wird ihm ein paar warme Worte widmen müssen. Auch in den Annalen des Potsdamer Großadels dürfte er einen gebührenden Raum einnehmen. Wie sagten doch die Römer: „Traue nicht dem Juden, selbst wenn er die Zinsen zahlt.“

Reichsbahndirektion gegen Verfassungsfeier.
Wir erhalten Kenntnis von folgendem Rundschreiben, das die Reichsbahndirektion in Berlin unter dem 4. August d. J. hat herausgegeben lassen:

Reichsbahndirektion.
Berlin, den 4. August 1925.
Anweisung bezüglich Verfassungsfeier.
Anträgen auf Ausschmückung der Bahnhöfe und Vorplätze ist zur Vermeidung von Berufungen und Störungen im Betriebe nicht stattzugeben.
(gez.) Jander.
Beglaubigt: Kuban.

Dieses Schreiben bedeutet eine runde, nette Sabotage des Verfassungstages, der in allen demokratischen Staaten der Erde als der vornehmste nationale Feiertag angesehen wird. Noch auf der letzten Internationalen Arbeiter-Diagnose in Frankfurt a. M. war der Vorplatz des Hauptbahnhofs auf das prächtigste mit schwarzrotgoldenen Fahnen geschmückt. Wenn bisher Stahlhelm, Jungbo und andere reaktionäre Verbände ihre „Deutschen Tage“ hatten, hat man niemals gehört, daß das Ausschmücken der Bahnhofsportale untersagt worden ist. Die Reichsbahndirektion ges. Jander aber erdreißt sich, dem Deutschen Reich und dem deutschen Volke diesen Schimpf anzutun. Wir erwarten, daß das Reichsbahndirektorium unverzüglich diese lächerliche Anweisung zurücknimmt. Was sagt überhaupt der demokratische Generaldirektor Defer zu diesem Schwabenstreich eines fetter Untergebenen?

Preisannahie.

Man schreibt uns:
Welche Regellostigkeit auf dem Gebiete der Preisalkulation eingetreten ist, mit welcher gelinde gelangt Unbetimmtheit der einzelnen Geschäftsmann seine Preise einsetzt, sei an einem dralischen Beispiel erläutert, dessen Objekt an sich zwar nur gering ist, doch fast als etwas Prinzipielles zur Frage der Preisfestlegung gedient werden kann. Vor einigen Tagen faurte ich mir in einem kleinen Geschäft des Wollens vier der üblichen polizeilichen Anmeldebormulare und bezahlte hier 20 Pf., also 5 Pf. für das Stück. Die Sache kam mir im Preis etwas obenstehend vor, sie interessierte mich, und ich ging kaum 30 Schritte weiter in ein anderes, zwar größeres, aber doch durchaus mittleres Geschäft. Hier zahlte ich für dieselben Formulare insgesamt 5 Pf., oder nur 1 1/2 Pf. pro Stück. Ein Preisunterschied von über 300 Proz. Als ich mit dem Geschäftsinhaber diesen hohen Preisunterschied besprach, und ihn als einen Post besonders krassen Buchers bezeichnete, winkte dieser ab. Und auch mit Recht. Die kleinen Geschäfte berechnen alles: ungünstigen Geschäftsgang, das Risiko größerer Einkäufe, Werten, eventual Verluste. Sie sind unrationell. Der Erfolg: das Publikum wird sie meiden. Was reelliert weiterhin hieraus: Sie werden eingehen. Sie sind nicht lebensfähig. Eine Industrialisierung auch des Klein-geschäfts ist die voraussetzliche Folge. Mit solchen Kalkulationen muß sich jedoch der Kaufmann ins eigene Fleisch schneiden. Eine gelegliche Regelung gibt es hier nicht. Der Kaufmann darf mit allen vertuernden Momenten weitgehend rechnen. Es ist die Bestätigung der legalistischen Theorie: die Kleinen werden die Großen aufressen. Aber wir fragen uns: Wiefo kann der Papierhändler I die Waren um so vieles billiger liefern, als der Papierhändler II. Der Kaufmann II ist zu teuer. Er kalkuliert ein Risiko ein, das vielleicht vorhanden ist, in seiner materiellen Mehrbelastung dem Käufer untragbar scheinen muß. Die Kalkulation des I ist vielleicht nicht christlich, wohl aber weitaus rationeller und vertiefter für das laufende Publikum. Diese günstige Einkaufsbedingung des Händlers ist durch die Entwicklung unserer Produktion bedingt, die auf Industrialisierung drängt. Die tieferen Ursachen liegen im Wirtschaftssystem des Kapitals. So wird das kleine Geschäft zur unsozialen Einrichtung und zum Minusposten in der Gesellschaft.

Das unbegreifliche Ich.

1) Geschichte einer Jugend.
Roman von Tom Kristensen.
(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Vogel.)

Es war in der kurzen Dämmerung.
Waldemar Rahmussen, ein blonder, mittelgroßer Däne, mit einem mageren Gesicht, sah am Fenster seines Hotelzimmers und starrte über Schanghai's schwarze Dächer hinweg. Er dachte nicht. Er sah nur.
Der weile Himmel mit der porösen grauen Dämmerungsfarbe schien alle Gedanken in sich aufzulösen und er empfand ihn bloß wie eine ungeheure Leere, die seine eigene, ruhige Seele überspannte. Ein chinesisches Dach, dessen First sich in leichter Biegung wie eine Wätschleine herabentke, zog vorübergehend seine Aufmerksamkeit auf sich und es durchzuckte ihn plötzlich, wie fremd die ganze Umgebung war.

Unten in der Straße tönte das Traben nackter Füße und ein unaufhörliches Rufen, eine Reihe schwermütiger Schreie. Ein Geipir gelber Menschen stürzte vorwärts, als eilten sie einen Abhang herunter. Automobile und elektrische Bahnen rasten rücksichtslos durch die Menge hindurch, die zur Seite sprang, mit knapper Not dem Tod entging und weitertrabte, als ob nichts geschehen wäre.

Waldemar Rahmussen erwachte zu vollem Bewußtsein und steckte sich eine frische Pfeife an. Das Zimmer gefiel ihm. Ringsumher standen gleichgültige Möbel, wie es ähnliche in jedem größeren Hotel hier draußen im Osten gab, und alle waren sie durchdrungen von diesem süßlichen und trockenem Duft, der für ihn China bedeutete. Er stammte, wie behauptet wurde, aus den Staubpartikeln der eingetrockneten Exkremente des großen Volkes her, und er lächelte schwach bei dem Gedanken.

Dann stand er auf und zog die Jalousien vor.
Jetzt war er ganz er selbst, ein neues Ich, das nach einem schwindelnden Sprung auf der anderen Seite des Erdballs angelangt war, befreit von seinem alten Ich.

Hier draußen lebte er sein neues Leben als Zollbeamter, fuhr jeden Tag im Sampan zu den Frachtdampfern hinaus und hielt Wache an Bord, lehrte am Abend nach der Stadt zurück und lebte ruhig und geradzü.
Er war ein anderer geworden, ohne Illusionen, aber

auch ohne Sorgen. Das Ziel war erreicht! Inmitten eines Raumes, der nur Leere verhieß und eines Lebens, das nur gab, was man ihm entriß, hatte er die Ruhe gewonnen, die er stets als außerhalb seiner selbst liegend empfunden; aber wie war ihm das gelungen

Der Abend war lang. Im Carlton und im französischen Klub wurde getanzt. In allen Teehäusern und Restaurants in Foochow Road war etwas los! Aber er fühlte keine Lust zum Ausgehen.

Das frühere Leben in dem fernen Köbenhavn, ihm so fern, daß ihm die internationale Bezeichnung „Kopenhagen“ als der natürliche Name dieser Stadt erschien, hing an in seinem Hirn lebendig zu werden. Dunkle Gestalten nahmen Form an und begannen zu reden; es war vielleicht nicht das, was sie gesagt, sondern, das, was sie hätten sagen können. Es stand vor ihm als Stoff, den er in seinen Ruhestunden umbinden konnte, ohne die innere Wahrheit zu zerstören. Er fühlte das Recht bloß zum Zeitvertreib die Fabel seines Lebens aufzubauen.

Das andere Geschöpf, den früheren Waldemar Rahmussen vor sich zu sehen, war sein einziges Ziel und einsam mitten in der Fremde, mit vielen freien Stunden vor sich, begann er zu schreiben.

Zufällig besinne ich mich auf mein erstes Weltbild. Es war bruchstückartig und es befanden sich gefährliche Elemente darin; aber damals hegte ich die Hoffnung, es würde zu einem Ganzen zusammenwachsen mit mir als Mittelpunkt, sobald ich zehn Jahre wäre.

Es war an einem heißen Sommertage, und für mich steht er ganz wie von einem goldenen Lichte überstrahlt da, denn ich wurde sechs Jahre alt.

Meine Mutter hatte einen kleinen Laden in einem alten Haus der inneren Stadt. Das Schaufenster war voller bunter Damenhüte, die auf hohen Messinggestellen hingen und drin im Laden, hinter einem weißlackierten Tisch, sah sie selbst und nähte sie. Mit raschen Bewegungen ließ sie die Stoffblumen und farbigen Bändern zwischen ihren Händen hervorquellen. Auf ihrem Schoß und rings um sie herum auf dem Boden schwammen stets abgeschnittene Tuch-, Samt- und Seidenlappen, die um so bunter leuchteten, weil sie selbst stets schwarz gekleidet ging. Ich besinne mich noch auf das Kleid, es hingen immer Reste von Nähgarn daran.

Hinter dem Laden befand sich ein kleines, dunkles Zimmer, dessen Fenster auf einen Hof ging. Erst mehrere

Jahre später wurde es mir klar, daß der Hof lang und schmal wie eine Röhre war, und auch jetzt noch kann ich nicht begreifen, wie in ihm Platz für Aborte, Müllkästen und Kinder, ja, zuweilen für einen einäugigen Straßengänger mit seinem Jungen sein konnte. Und ich kann ebensowenig begreifen, wie ich einen Eindruck von frischer Luft, Weite und Sonne in diesem Hof mit den finstern, schmutzigen Hausmauern erhalten konnte; aber meine Augen müssen wohl die Fähigkeit gehabt haben, in allem Dunkel Licht zu finden. Ich habe die Mauern weiß und den Hof groß in der Erinnerung, und wäre ich nicht später an die alten Orte zurückgekommen, würde ich darauf geschworen haben, daß es sich so verhielte.

Am Fenster stand ein Tisch und hier befand sich mein Reich. Hier pflegten sich meine Zeichnungen herumzutreiben: Phantasiestimmen, wie auf den Hüten der Damen und Damen mit ungewöhnlich langen Beinen und ungewöhnlich langen Köden. Alle waren sie von Mutters Modezeitschriften inspiriert und über dieses Gebiet hinaus wagte sich meine Phantasie niemals. Blumen und Damen waren das Einzige, was man zeichnen sollte, fand ich.

An meinem sechsten Geburtstage war der Tisch jedoch ausgeräumt worden und alle meine Zeichnungen und Zeitschriften lagen in einem Stapel auf der Erde. An ihrer Stelle standen dort zwei Teller, der eine mit gelben, haarigen Stachelbeeren und der andere mit schwarzen Kirschen. Ich sah abwechselnd eine Stachelbeere und eine Kirsche und genoss anfänglich das Kratzen der Stachelbeere am Gaumen und dann die Kühlung durch die Kirsche. Später, als ich mit einem Gefühl satter Ruhe dasaß und den Bauch vorstreckte, war diese Abwechslung zu einem schlaffen Rhythmus geworden, der mich in Gang erstellte. Mit dem gleichen wohligen Gefühl von Sicherheit, wie wenn ich in strömendem Regenwetter unter einem Regenschirm ging, fühlte ich, daß das Fenster mich von den Kindern auf dem Hofe trennte.

Mutter sah draußen im Laden und flüsternte vernehmlich vor sich hin „Fahlgarn? — Ach ja — und Bronze. Ob ich?“ Aber an sie dachte ich nicht.

Da hörte ich plötzlich die Ladenglocke, ein markwürdiger, gedämpfter Ton, wie wenn man mit den Händen eine Radfahrampole fest umschließt und klingelt. Eine kräftige, selbstzufriedene Stimme erfüllte das Lokal; aber ich rutschte mürrisch auf dem Stuhle herum, so daß ich mit dem Rücken zur Tür zu sitzen kam; und als ich gleichzeitig einen Ruf hörte und ein kleiner Freudenstreich von meiner Mutter erlöste, spuckte ich verächtlich einen Kirschkern weit von mir auf den Boden.
(Fortsetzung folgt.)

Verbandstag der Gemeindearbeiter.

Zweiter Verhandlungstag.

Frankfurt a. M., 4. August.
In der weiteren Aussprache über den Geschäftsbericht verlangt Reichel (Herne) vom Vorstand, daß er Vereinbarungen über Kartellverträge streng durchführt. Die Erkenntnis des Frankfurter Bürgermeisters Graf über den Wert des Achtstundentags sollten sich auch die anderen Bürgermeister zu eigen machen, denn wäre es für die Arbeiterschaft leicht, sich den Achtstundentag zurückzuerobern. Der Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses über die Industrierverbände müsse endlich durchgeführt werden.

Holte (Münster) äußert sich zur Tariffrage; er ist der Ansicht, daß die Bezirksarbeitsräte erst richtig ausgebildet werden sollen, bevor man zum Reichsmantelltarif kommt. Die Bestimmungen des Reichstariifs seien unklar und mangelhaft.

Eggert wendet sich als Vertreter des A.D.B. gegen die Vorwürfe, die dem Bundesvorstand insbesondere von den kommunistischen Rednern gemacht worden sind. Parteipolitische Neutralität von den Gewerkschaften zu verlangen, gehe zu weit; sie brauche sich aber auch noch lange nicht einer politischen Parteilichkeit unterzuordnen. Die Gewerkschaften sollen parteipolitisch unabhängig, nicht neutral und keiner politischen Parteilichkeit untergeordnet sein.

Die Gewerkschaften unterordnen sich nicht der SPD.

und lehnen es ab, von irgendeiner Stelle Parolen oder Direktiven zu empfangen. Es gibt keine Frage, die von den Gewerkschaften aufgegriffen, ihrer Lösung entgegengeführt worden ist, die Zustimmung der Kommunisten gefunden hat. Sie kritisieren alles. Der Angriff des Großunternehmens auf den Achtstundentag im Jahre 1923 brach in dem Augenblick los, als im Ruhrgebiet die Großbetriebe nach einjähriger Stilllegung wieder geöffnet wurden. Die Metallarbeiter haben im Hagener Bezirk 17 Wochen um den Achtstundentag gekämpft, um das Unglück nicht über ganz Deutschland hereinbrechen zu lassen. Um die Führung der Gewerkschaften ist es ein eigenes Ding; wer es in den Fingerspitzen nicht erfassen kann, der lernt es nie. Es war möglich, einen Kapp-Putsch durch den Generalfreitag zur Strecke zu bringen, aber unmöglich ist es, durch Massenstreik die Wirtschaft aufzurichten. Aus unfern Existenzbedingungen heraus ergibt sich das Kampfziel und nicht aus den Erfahrungen in anderen Ländern. Es ist keine Schmach für die deutschen Gewerkschaften, daß sie bei dem systematischen Angriff des Unternehmertums für 54 Proz. der deutschen Arbeiterschaft den Achtstundentag erhalten haben. In der Geschichte der deutschen Gewerkschaften bedeutet das ein Ruhmesblatt. (Lebhafte Zustimmung.) Der Redner wendet sich dann der Frage der Industrierverbände zu.

Der Streit liegt auf verschiedenen Gebieten. Die eine Gruppe sagt, daß der Verschmelzungsgebante von innen herauskommen muß. Die andere Gruppe meint, daß durch einen gewissen Druck von der Zentrale dem Verschmelzungsgebanten nachgeholfen werden muß. Der Bundesvorstand sieht auf dem Standpunkt, daß in den Bundesverbänden ein bestimmtes Ziel aufgestellt werden muß. Das Ziel darf aber nicht befristet sein. Der Bundesvorstand verschmäht und vermeidet deshalb auch bewußt alle Zwangsmaßnahmen, die dazu dienen, einzelne Gewerkschaften zwangsläufig zur Verschmelzung zu drängen. Die Befragung bestimmter Gruppen ist berechtigt, daß ihre Interessen in den Industrierverbänden nicht so gewahrt werden könnten, wie das in den 30 Jahren ihres Bestehens der Fall war. Der Bundesvorstand schlägt deshalb vor, daß

Verbände verwandter Berufe sich zunächst zusammenfinden.

andere Organisationen sollen versuchen, durch Kartellverträge ihre gemeinsamen Fragen zu regeln. Redner schließt unter lebhafter Zustimmung mit der Bitte, die Delegierten möchten unter Berücksichtigung der feinen Verhältnisse der gewerkschaftlichen Fragen die Haltung des Bundesvorstandes verstehen, dessen Ziel es sei, nach und nach alle Gewerkschaften zu vereinigen, aber jeden Zwang abzulehnen.

Scheffel, Vorsitzender des Eisenbahnerverbandes, legt eingehend die Schwierigkeiten dar, die die Frage der Verschmelzung bei den Beamten verursacht. Es gehört eine intensive Agitation und Aufklärungsarbeit dazu, die Beamten von dem Vorteil einer Verschmelzung ihrer Verbände mit den Gewerkschaften zu überzeugen.

Schumann, Vorsitzender des Deutschen Verkehrsbundes, warnt vor gewaltsamen Eingriffen in historisch gewordene gewerkschaftliche Organisationsformen. Die Beschlüsse des Bundesvorstandes des A.D.B. tragen der gewerkschaftlichen Konzentration in vollem Maße Rechnung. Mit diesem gewaltigen Fortschritt solle man sich vorerst zurückziehen. Grenzstreitigkeiten, wie sie bisher geführt wurden, sind nicht mehr zu ertragen. Durch den Kartellvertrag zwischen den Eisenbahnern, Verkehrsarbeitern, Gemeinde- und Staatsarbeitern ist für sie

der Streit um die Organisationsform erledigt.

Stetter vom Verbandsvorstand befürwortet den Anschluß auch der Kommunalbeamten an die gewerkschaftlichen Berufsverbände, insbesondere auch die Einbeziehung der Berufsfeuerwehrlente in den Kartellvertrag. Ferner verlangt er, daß auch die vielen sozialdemokratischen Beamten den Weg in die freigewerkschaftlichen Organisationen finden. (Zustimmung.)

Engelhardt (Stuttgart) äußert mehrere Wünsche zum Reichsmantelltarif. Großmuss (Berlin) wünscht als Vertreter der Berufsfeuerwehrlente eine engere Verbindung zwischen beiden Organisationen. Der Verschmelzungsgebante sei bei den Feuerwehrlenten weit vorgeschritten.

Um 2 Uhr wird die Verhandlung auf Mittwoch vertagt. Der Dienstagmittag ist für eine Besichtigung der Saalburg vorgesehen.

Verbandstag der Bekleidungsarbeiter.

Leipzig, 6. August. (Eigener Drohtbericht.) Am zweiten Verhandlungstage wurden neben einigen Begrüßungsreden ausländischer Bruderorganisationen auch Beschwerden von ausgeschlossenen Mitgliedern zur Kenntnis des Verbandstages gebracht, der aber nach kurzer Diskussion den Vorschlag des Bureaus annahm und über diese Beschwerden zur Tagesordnung überging.

In der Debatte über die Vorstandsberichte wurde besonders von Stuttgart ein energisches Durchgreifen gegen die kommunistischen Gewerkschaften gefordert. Lehmann-Berlin mahnte, bei der Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Mitglieder mit größter Vorsicht vorzugehen, wenn Ruhe und Ordnung innerhalb des Verbandes wieder hergestellt werden sollen. Den Rückgang der Organisation in Berlin führt Salewski weniger auf die Opposition, als auf die Abwanderung verschiedener Branchen aus Berlin zurück.

Von Heinze-Leipzig wird die baldige Verschmelzung des sächsischen Arbeiterverbandes mit dem Bekleidungsarbeiterverband gewünscht. Bloog-Berlin erklärt, der Rückgang der Mitgliederzahl sei wesentlich darauf zurückzuführen, daß die Unterstützungsfähigkeit außer Kraft gesetzt wurden. Spitz-Dresden sieht die hauptsächlichsten Ursachen für die Mitgliederflucht in dem Mangel an Erziehung zur Gemeinschaft. Windelmann-Kiel betont die Wichtigkeit, ein größeres Augenmerk auf die Wohnverhältnisse für Arbeiterinnen zu richten. Nach den Schlussworten der Berichterstatter werden die Vorstandsberichte der Zentralleitung zur Erörterung überwiegen.

Über die Lohn- und Tarifpolitik der einzelnen Branchen berichten: Tierfelder, Kugebach und Theisinger. Die Aussprache über diese Referate fand am Mittwoch in einer vertraulichen Sitzung statt.

Heute früh 6 1/2 Uhr verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager mein lieber Mann, Bruder, Schwager und Onkel, der Zigarrenhändler

Heinrich Albrecht
im vollendeten 60 Lebensjahre.
in tiefer Trauer
Frau E. Albrecht,
Berlin, d. 5. Aug. 25. Beisetztag 30.
Die Einäscherung findet im Krematorium Gerichtstraße am Sonntag, d. 8. Aug., mittags 12 Uhr statt.

! Achtung!

Straßenhändler
Zur Verfassungsfeier
sehr lohnender Artikel
Papierfahnen
schwarzrotgold - 1000 St. M. 15
Pohl & Weber Nachf.
Spittelmarkt 4 5 I

Dezimalwagen

Neue
Maare
wählen schon wieder Reichels Haartrichter „Jatro“ statt Wunder nach ähnlichem Erreihen. So lauten viele Anerkennungen Nr. 2, 25 und 28 A. 10. In Dresden, jetzt bei Otto Reichel, 28. v. d. 48. 80, Quesenburgerstr. 4. Reklame, dafür werben, billiger Preis!

Lampions

von 5 Pf. an.
Modernerer als Leuchtmittel.
Fest, Luftballon, alle Feiertage sehr billig.
Feuerwerk
in großer Auswahl.
Benzolfeuer 1. M. 2. -
Papierlampion 1. M. 2. -
L. Maus & Co., Markgrafstr. 14
an der Lindenstraße. (gegründet 1892)

Von **2 Mark** an
wöchentliche Teilzahlung
kleiner bei kleiner Anzahlung
eleg. Herren-Moden
fertig und nach Maß
nur Qualitätsware
in großer Auswahl.
Garantie 1. Ladens. Sitz u. Verarbeitung.
Maßschneiderei J. Kurzberg
Oranienstraße 160, I.
Chausseestraße 1, I.
Eingang Eichestr.
Straße



Lassen Sie sich sagen,
dass jeder schmerzende Fuß eine gründliche, individuelle Untersuchung u. Behandlung erfordert.

Deshalb rate ich Ihnen zu einem Versuch mit

Dr. Scholl's Fuß-Pflege-System,

das für alle Fußleiden wirklich individuell angepasste Heilbehelfe bietet und sich in hunderten Tausenden von Fällen — auch der schwersten Art — bestens bewährt hat. Insbesondere wird **Dr. Scholl's Fuß-Einlage** nicht allein der besonderen Form und Eigenart jeden Fußes genau angepasst, sondern es findet auch späterhin eine längere Beobachtung des Fußes durch erfahrene Fuß-Spezialisten statt, wobei von Zeit zu Zeit eine Neueinstellung der Fuß-Einlage nach Massgabe der inzwischen fortgeschrittenen Veränderung des Fußgewölbes vorgenommen wird.

Kommen Sie noch heute zu uns!
In unseren sämtlichen Filialen
kostenlose
ärztliche und fachmännische Beratung

Stiller

Hauptvertrieb u. Zentraldepot für Gross-Berlin

Zähne

1 und 2 Mark. Goldkronen von 8 Mark an.
Persönliche fachmännische Behandlung.
Wöchentliche Teilzahlung gestattet.
Charlbg., Berliner Str. 110. nahe Wilhelmplatz.
B. Wolff, Berlin O 17, Madaistr. 15, Ecke Koppenstraße.

Druckstrantentasse der Steindruck- und Lithographen zu Berlin

Freitag, den 14. August, nachm. 5 1/2 Uhr,
im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße 15
Außerordentl. Ausschuß-Sitzung

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes
2. Änderung der Satzung: §§ 14 und 15.
3. Änderung der Wahlordnung.
4. Wahl eines Vertreters gemäß § 75 der Satzung.
5. Bericht des Ausschusses.
Den Teilnahmerechtigten geht nach besondere Verhandlung zu.
Der Vorstand: Hugo Albrecht, Vorsitzender.



Vom Zunftgesellen zum freien Arbeiter

Eine kleine Kulturgeschichte mit zeitgenössischen Bildern von
PAUL KAMPFFMEYER
in Ganzleinen gebunden 1.95 Mark

Zu haben:
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtaufgabe des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**



Malerstörche oder Eheirungen in der Tierwelt.

7.
Der Schweinehund

Es das Produkt einer Kreuzung zwischen einem Landfisch und einem entarteten Dinschen. Es gibt übrigens eine so große Menge von Abarten dieses Tieres, daß die bloße Aufzählung der verschiedenen Kombinationen Seiten füllen würde.
Diese Arbeit ersparen wir uns. Wir stellen vielmehr nur fest, daß der Schweinehund bisher nur als Schimpfwort bekannt war. Wenn wir ihn heute den Lesern im Bilde vor Augen führen, dann geschieht das, um abbrechend zu wirken und den deutschen Sprachschatz um ein Schimpfwort zu vermindern.
Mit diesem Bilde wollen wir auch diese Angelegenheit, die eine außergewöhnlich große Beachtung gefunden hat, abschließen und wieder etwas Neues bringen.
Viele Leser haben über die Malerstörche geschimpft, aber aus zahlreicher Leser dagegen haben sich über sie herzlich geirrt. Gesehen wurden unsere Anzeigentexte von Allen.
Unsere Präparate wurden fleißig gekauft, weil sie gut und überaus preiswert sind und infolgedessen trotz der Geldnot von allen Versicherungsstellen erworben werden können.
Die Kufrol-Präparate sind die am meisten gekauften Fußpflege-Präparate, und wie sie nicht nur vom Hörenlesen kennt, sondern Wert auf saubere und gesunde Füße legt und sie infolgedessen fleißig anwendet, der bestätigt uns dies, daß wir in unserer Propaganda in Bezug auf die Qualität unserer Präparate nur das versprochen, was diese auch wirklich halten.
Hühneraugen, Hornhaut, Schwielen
und Warzen beseitigen Sie schnell, sicher, unblutig und schmerzlos mit dem echten, von zahlreichen Ärzten empfohlenen und in vielen Millionen Fällen bewährten Kufrol-Hühneraugen-Pflaster. 1 Packung dieses unübertroffenen Präparates kostet nur 75 Pfg.
Es verursacht keinen Druck und keine Schmerzen wie die veralteten Hühneraugenbinden und klebt auch nicht am Strümpfe fest.
Das Kufrol-Fußbad (Verpackung 30 Pfg., Doppelpackung 50 Pfg.) verleiht die gute Wirkung des Kufrol-Hühneraugen-Pflasters, reinigt die Füße gut, löst Nerven, Muskeln und Sehnen und beseitigt, mit dem Kufrol-Streupuder (Büchdose 1 Mark) zusammen angewandt, Brennen, Wundlaufen und Schweißgeruch.
Der Schweiß zerfließt in Strümpfe und Schuhe. Durch die regelmäßige Anwendung der beiden letztgenannten Präparate sparen Sie Schuhe und Strümpfe und somit viel Geld. Alle drei Kufrol-Präparate zusammen sind in der Kufrol-Kur-Packung vereint und kosten nur 2 Mark. Sie ersparen also beim Einkauf der Kur-Packung 25 Pfg.
Unsere lehrreiche Druckschrift, die Ihnen wichtige Aufklärungen über die Notwendigkeit der Fußpflege gibt, senden wir Ihnen auf Verlangen kostenlos und portofrei zu.

Kufrol-Fabrik Kurt Reisk, Groß-Salze bei Magdeburg
Fabrik: Kufrolstraße. Verwaltungsgebäude: Reiskstraße.
Verkaufsbüro: Berlin W 62, Kleiststraße 23, I. Telefon: Stephan 5471.

Wohnungswirtschaft im Wohlfahrtswesen.

Die Wohnungsbeschaffung in der Wohlfahrtsfürsorge, soweit sie für linderreiche Familien in Frage kommt oder sich aus gesundheitlichen oder sittlichen Gefahren ergibt, wird noch recht wenig beachtet, und doch ist eine vernünftige Wohnungsbeschaffung ein bedeutender Faktor in der Wohlfahrtsfürsorge. Schon durch die Befreiung der gesundheitlichen Gefahren, die sich aus schlechten Wohnverhältnissen ergeben, erzieht sich ein erheblicher Teil der heilenden Wohlfahrtsfürsorge von selbst, was aber auch zutrifft, wenn linderreiche Familien, insbesondere aus sittlichen Gründen, mit genügenden Wohnräumen bedacht werden.

Dass sich die Wohnungsnot selbst mit dem besten Willen nicht von heute auf morgen beseitigen lässt, weil die Bauartigkeit im Verhältnis zum Bedarf noch sehr weit zurückliegt, ist bekannt. Trotzdem ist es aber möglich, Mittel und Wege zu finden, um wenigstens den dringendsten Bedarf, den die Wohlfahrtsfürsorge erfordert, zu decken. Um Unterlagen für die einzuschlagenden Wege zu schaffen, hat das Bezirksamt Prenzlauer Berg eine Umfrage unter den Sozialrentnern, Kleinrentnern und Wohlfahrtsunterstützungsempfängern veranlasst, die folgendes Resultat ergab: Erfragt wurden 5131 Wohnungsinhaber (Unterstützungsempfänger mit eigener Wohnung) mit 11 823 Personen einschließlich Kindern jeder Altersklasse. Sie bewohnten 11 467 Zimmer mit 15 478 Fenstern. Eine Zusammenstellung würde folgendes ergeben:

	Wohnungen	Zimmer	Fenster
2977 Wohlf.-Unterstützungsempfänger	1533	2794	3838
2574 Kleinrentner	1072	2999	4029
6972 Sozialrentner	2521	5704	7816

Die gesundheitliche Fürsorge schreibt für jeden Wohnungsinhaber einen Luftraum von 25 Kubikmeter vor. Diese Vorschrift ist mit einem einseitigen Zimmer in Durchschnittsgröße gleichbedeutend. Demnach wäre, wenn für jeden Bewohner ein Wohnraum mit 1 Fenster berechnet wird, ein Fensterüberschuss (Zimmerüberschuss) von rund 25 Proz. vorhanden. Was aber besonders ins Auge fällt, ist, daß die Zimmerzahl bei einzelnen Personen und kleinen Familien erheblich größer ist, als bei Wohnungsinhabern von 6 bis 11 Personen, bei denen sich mit der Vergrößerung der Familie auch eine größere Zimmernot bemerkbar macht. Der Preussische Landtag hat auf Antrag seines Hauptauschusses an das Staatsministerium das Eruchen gerichtet, den Betrag von 20 Millionen M. zur Verfügung zu stellen. Für diesen Betrag sollen für den Wohnungsbau neben den Hauszinssteuer-Hypotheken für minderbemittelte linderreiche Familien Beihilfen gewährt werden. Zugleich nahm der Landtag folgende Entschliessung an: „Das Staatsministerium wird ersucht, die Richtlinien für die Verwendung der Hauszinssteuer dahin zu ergänzen, daß bei Wohnungsbauten für minderbemittelte linderreiche Familien und für minderbemittelte Familien Schwerkranker, insbesondere erblindeter Krieger, die zu gewöhnliche Hauszinssteuer-Hypothek bis zu 90 Proz. der Gesamtkosten bzw. 100 Proz. der reinen Baukosten betragen kann.“

Diese Entschliessung genügt aber nicht, wenn schnelle Arbeit im Interesse der Wohlfahrtsfürsorge geleistet werden soll. Hingzu kommt, daß der Berliner Magistrat bekannt gibt, daß zunächst eine Sperrung für Anträge auf Hauszinssteuer-Hypotheken erlassen ist. Mitteil ist kaum zu erwarten, daß in Kürze nennenswerte Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Daraus ergibt sich, daß der Magistrat, um das Schlimmste zu verhüten, schnellstens eine Verordnung nach dem Muster von Frankfurt a. M. und anderen Städten herausbringen muß und Brämlen zahlt für den Austausch von Wohnungen mit Familien, die erheblich unter der Wohnungsnot zu leiden haben. Aber auch der Forderung, die aus den Kreisen der Unterstützungsempfänger selbst kommt, Altersheime zu schaffen, wird näher zu treten sein.

Der Magistrat von Berlin darf sich äußern.

Kosemann, Stadtrat.

Fällige Gemeindeabgaben im August.

Im Monat August sind an die städtischen Steuerklassen zu zahlen: a) Grundstücksabgaben bis zum 15. August mit Schonfrist bis einschließlich 22. August (am 21. August sind die Steuerklassen geschlossen): 1. Grundvermögenssteuer. Gemeindezuschlag und Hauszinssteuer in der Höhe der Beiträge des Vormonats. Für Grundstücke, die als land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt besteuert werden, ist die vierteljährliche Zahlung eingeführt. Für diese Grundstücke ist erstmalig am 15. August die Vierteljahressteuer für die Monate Juli/September zu zahlen. Soweit der Julibetrag bereits entrichtet ist, bleibt am 15. August noch die August- und Septemberrate zu entrichten. Künftig ist die Vierteljahressteuer am 15. des zweiten Monats jedes Vierteljahres zu zahlen. Bei denjenigen bebauten und unbebauten Grundstücken, die nicht als land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt besteuert werden, verbleibt es bei der bisherigen monatlichen Zahlungsweise. 2. Straßenreinigungsbeiträge nach den Sätzen des Vormonats. Im Interesse der Pflanzlichen wird, soweit für land- oder forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Grundstücke Straßenreinigungsbeiträge zu zahlen sind, die gleiche Zahlungsweise wie bei der Grundvermögenssteuer empfohlen. b) Gewerbesteuer bis zum 10. August mit Schonfrist bis einschließlich 17. August: Gewerbesteuerleistungen sind nur von den bisherigen Monatszahlern zu leisten und voranzumelden: 1. Die

Kamille für's Haar

Seit uralten Zeiten schätzt man die auregende Wirkung der Kamille auf die Kopfhaut. Von der unpraktischen und zeitraubenden Verwendung reiner Kamillen ist man aber längst abgekommen, seitdem in dem bekannten Kopfwaschpulver, Schaumpon mit dem schwarzen Kopf mit Kamillenzugabe ein Mittel von angenehmem, aromatischem Duft geboten ist, das die kräftigende Wirkung der Kamille mit durchgreifender Reinigungskraft verbindet und dem Haar glänzendes, volles Aussehen verleiht. Das echte Fabrikat trägt stets die Schutzmarke „Schwarzer Kopf“. Alleiniger Hersteller: Hans Schwarzkopf, Berlin-Dahlem.

Zohnuntensteuervorauszahlungen für August 1925 wie bisher mit 1 Proz. der Gehälter und Löhne des Monats Juli 1925. 2. Die Gewerbeertragssteuervorauszahlungen für das Vierteljahr Juli/September 1925, die sich wie folgt berechnen: Die Gewerbesteuer für die Gewerbesteuer nach dem Ertrage für das Rechnungsjahr 1925 (1. April 1925 bis 31. März 1926) sind von 500 auf 425 Proz. des Steuergrundbetrages herabgesetzt worden. Zum Ausgleich der für April/Juni 1925 noch nach den Sätzen des Vorjahres (also 500 Prozent des Steuergrundbetrages nach dem Ertrage) geleisteten Zahlungen werden für Juli/September 1925 nur 350 Prozent des Steuergrundbetrages nach dem Ertrage erhoben.

Die Gemeindebetriebe im Etat der Städte.

Ueber die Bedeutung der kommunalen Betriebe für die finanziellen Verhältnisse der Städte hat der „Deutsche Städte-tag“ eine Rundfrage veranstaltet, die jetzt veröffentlicht wird. Wenn diese Veröffentlichung auch keine ziffermäßige Angaben über die Leistungen der Werke an die Räumverwaltungen enthält, so ergibt sich doch aus der Zusammenstellung des Städtetages, daß die kommunalen Betriebe für die städtischen Finanzen von ausschlaggebender Bedeutung geworden sind. Eine ganze Reihe wichtiger Großstädte lassen sich von ihrem Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk sowohl die Straßenbeleuchtung, wie das Wasser für städtische Zwecke unentgeltlich liefern. Dazu gehören u. a. Köln, Düsseldorf, Hannover, Stuttgart, Kiel, Münster in Westfalen, Bielefeld, Hildesheim, Königsberg. Das allein bedeutet schon für die Etats dieser Städte eine ganz ungewöhnliche Entlastung. In einzelnen Großstädten würden die Beträge für diese Zwecke, wenn sie von der Stadt gezahlt werden müßten, in die Millionen, mindestens aber in viele Hunderttausende gehen. Am besten ist wohl Königsberg daran, das neben der unentgeltlichen Abgabe nicht weniger als 13 Proz. der erzielten Roheinnahmen für seinen Etat und weitere 7 Proz. für die Aufwertung der vor dem Kriege aufgenommenen Anleihen sich von den Werken zahlen läßt. Das bedeutet insgesamt bei Königsberg eine Belastung der Roheinnahmen zugunsten der Stadtverwaltung von etwa 20 Proz. Mannheim verlangt 10 Proz. der Gesamteinnahmen und 5 Proz. von einer festen Mindestsumme. Stuttgart verlangt 10 Proz. der Bruttoeinnahmen der Elektrizitäts- und Wasserwerke außer der unentgeltlichen Beleuchtung und Wasserabgabe. Am niedrigsten sind offenbar die Beträge in Berlin, das nur 5 Proz. der Roheinnahmen erhebt, die Straßenbeleuchtung und Wasserabgaben aber selbst bezahlt. Die Zusammenstellung des Städtetages zeigt, daß die Etats fast aller Städte vollständig über den Haufen geworfen würden, wenn die Befreiung der Versorgungsbetriebe der Gemeinden, wie sie von den Reichsparteien propagiert wird, Gelohestrahl erlangen sollte.

Das Arbeitsamt im Bezirk Wedding.

Draußen im hohen Norden, in der Schußstraße, wurde am Mittwoch der Arbeitsnachweis für den Bezirk Wedding eröffnet. Es fehlte lange an geeigneten Räumen und so war man leider gezwungen, die einzelnen Vermittlungsstellen an verschiedenen Stellen, zum Teil sogar außerhalb des Bezirks unterzubringen. Das war, wie Bürgermeister Genosse Reid in seiner Eröffnungsrede betonte, um so schmerzlicher, als es sich hier um den volkreichsten Bezirk von Berlin handelt, in welchem große Industrie- und Gewerbebetriebe mit riesigen Arbeitermassen ihren Sitz haben. Genosse Reid, wie nach ihm Stadtrat Genosse Fabianke, dem das Arbeitsamt unterstellt ist, brachten zum Ausdruck, daß den Arbeitslosen ein freundlicher Aufenthalt geboten werden müsse. Leute, die durch lange Arbeitslosigkeit verdirbt, und deren Wohnungen allzu häufig nur elende, jeder Behaglichkeit bare Böhden sind, sollen sich in ihrer Wartezeit im Arbeitsamt wohl fühlen. Daß in der neuen Säle die Vorbedingungen hierfür gegeben sind, konnten die zahlreich erschienenen Gäste, Stadträte und Stadtverordnete bei einem Rundgang durch die Räume übereinstimmend feststellen.

Große helle Räume für die weiblichen Abteilungen, wie für die Ungelernten und das Hauspersonal. Die in freundigen Farben ausgestatteten Büroräume und Wartezimmer machen einen behaglichen Eindruck; bequeme Stühle und Bänke sind in ausreichendem Maße vorhanden. Das kleine niedliche Gebäude, das mitten in einem Gärtchen steht, hat übrigens eine gewisse historische Bedeutung. Es handelt sich um die sogenannte „Klamotten-schule“, die älteste Schule des Wedding, erbaut im Jahre 1824, zu einer Zeit, da der Wedding noch eine selbständige Gemeinde war. — Die beiden genannten Vertreter des Bezirksamtes dankten dem Baumeister, wie dem Landesarbeitsamt und dem Magistrat, die alle in entgegenkommender Weise das Werk gefördert haben. Stadtrat Genosse Brühl, der als Vertreter des Magistrats das Wort nahm, gab dem Gedanken Ausdruck, daß für die Arbeitslosen nicht die Erwerbslosenfürsorge die Hauptsache sei, sondern vielmehr der dringende Wunsch, baldmöglichst wieder eine nützbringende Arbeit zu finden. Aufgabe der angestellten Vermittlungsbeamten müsse und werde es deshalb sein, den richtigen Mann an die richtige Stelle zu bringen.

Hoffen wir, daß der neu eröffnete Arbeitsnachweis recht vielen Menschen die Segnungen schaffensfreudiger Arbeit bringen kann.

Darlehen der Stadt Berlin für Oedländerien.

Die Deutsche Oedlandkulturgesellschaft m. b. H., die vom Reich und vom preussischen Staat zum Zweck der Ruhbarmachung von Oedländerien gebildet ist, und die bereits im vergangenen Jahre größere Kultivierungsarbeiten in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein eingeleitet und durchgeführt hat, will nun auch in der Provinz Brandenburg ihre Tätigkeit aufnehmen und das Havelland kultivieren. Die urbar zu machende Fläche des Landes ist ungefähr 100 000 Morgen groß. Dieses Gelände, das bisher nur mäßigen Ertrag lieferte, kann durch Kultivierung in bestes Oedland und Weideland umgewandelt werden und 30000 bis 40 000 Stück Großvieh ernähren. Dementsprechend würde sich eine Steigerung des Viehertrages um täglich 300000 Liter und ein jährlicher Fleischzuwachs von 100000 Zentner ergeben. Die enorme Bedeutung dieser Produktionssteigerung für die nahegelegene Großstadt Berlin ist ohne weiteres

klar. Von dieser Oedfläche sollen zunächst 6000 Morgen urbar gemacht werden und zwar möglichst in diesem Jahr noch lauffertig. Die Gesellschaft hat sich an die Stadt Berlin mit dem Antrage gewandt, ihr den für die Kultivierungen dieses Jahres erforderlichen Betrag von 800 000 M. gegen mäßige Verzinsung und entsprechende Tilgung zur Verfügung zu stellen. Die Stadt hat sich bereit erklärt, dieses Darlehen zu gewähren und den Zinsverlust, der sich gegenüber dem sonst gegenwärtig angemessenen Zinsertrag ergibt, zu tragen.

Heinrich Albrecht gestorben.

Der besonders im 2. Berliner Verwaltungsbezirk (Tiergarten) bekannte Genosse Heinrich Albrecht, Beusselstraße, ist in der Mittwochnacht an einem Darmleiden plötzlich verstorben. Den Genossen des 2. Kreises wird diese Nachricht um so überraschender kommen, als Heinrich Albrecht erst im 61. Lebensjahre stand. Er gehörte nicht zu denen, die in der Öffentlichkeit besonders hervortraten; aber gerade seine stille und emsige Wirksamkeit in der Kleinarbeit seit den 25 Jahren seiner Parteizugehörigkeit hatte ihm über den Kreis seiner engeren Bekanntschaft hinaus die Sympathie aller Genossen erworben. Bei seiner großen Beliebtheit im Kreis Tiergarten wird sein plötzliches Versterben sehr schmerzlich bemerkt werden. Vielen ist der Verstorbene durch seine treue Hingabe ein Vorbild gewesen. Er war bis zuletzt Kaffierer der 12. Abteilung. Die Einäscherung findet am Sonnabend um 12 Uhr mittags im Krematorium Gerichstraße statt. Die Genossen werden aufgefordert, durch zahlreiche Beteiligung dem verstorbenen Kämpfer die letzte Ehrung zu erweisen.

Befichtigung städtischer Betriebe Groß-Berlins.

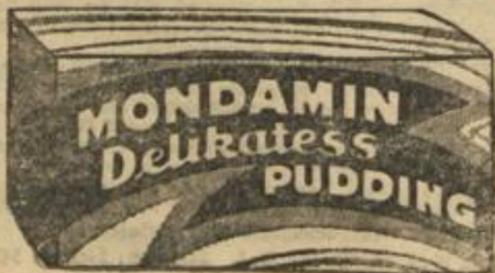
Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin hat einen Führer durch Anstalten und Einrichtungen der Stadt Berlin herausgegeben, der zum Preise von 30 Pf. in der Geschäftsstelle des Gemeindeblattes, Rathaus, dritter Stock, zu haben ist. Das Büchlein umfaßt eine Auswahl der städtischen Anstalten und Einrichtungen, die sich besonders zur Befichtigung auch des Publikums eignen. Der Besuch von Privatpersonen und nicht-städtischen Stellen ist dem Nachrichtenamt der Stadt Berlin (Zuruf: Registrars-Nachrichtenamt) rechtzeitig vorher anzumelden, das für den Besuch einen Ausweis ausstellt. Die Befichtigungen erfolgen ohne Haftung der Stadt für Gefahren oder Unfälle. Die Befichtigungsobjekte sind einzeln aufgeführt, getrennt nach Arbeit und Gewerbe, Bade-, Befaltungs-, Feuerlösch- und Gesundheitswesen, nach Jugendpflege, Kunst und Bildung, Volkshochschulen und Schulwesen, nach technischen Anlagen, Bauwerken, Siedlungen und Wohlfahrtspflege.

Das Bezirksamt Weißensee teilt mit: Bei der herrschenden Wohnungsnot wäre es erwünscht, daß Inhaber größerer Wohnungen bei nur geringer Zahl der Familienmitglieder ihre Wohnung gegen eine kleinere tauschen. Auch alleinstehenden Personen wird das aus sozialen Gründen anempfahlen. Das Bezirkswohnungsamt kann unter gewissen Voraussetzungen eine Umzugsbeihilfe und Vergütung für den Verzicht zahlen.

Jubiläum. Am 8. August feiert der Genosse Robert Schulte, Solchenheide 48, seinen 75. Geburtstag. Genosse Schulte ist ein Veteran der Partei. Er lebt noch heute wie seit 61 Jahren am Ambok und am Schussfeld.



Der ATA-Engel ist vergnügt,
Weil seine Arbeit nur so fliegt.
In heller Freude ruft er aus:
ATA gehört in jedes Haus!
ATA putzt und reinigt alles!



der echte Südfrucht-Pudding

nach holländischer Art. Das liebliche Aroma (keine Essenzen) und die glücklich gewählte Eigenart seiner Zusammenstellung verleihen dem Mondamin-Delikatess-Pudding seinen pikanten Geschmack. Mondamin-Delikatess-Pudding ist etwas ganz Leckeres wie jeder

MONDAMIN-FEINKOST-PUDDING

Die Optanteninterpellation.

Strefemann über die Deutschenausweisungen - Die Verantwortungsfrage.

Der Reichstag behandelte gestern die Interpellationen zur Optantenfrage.

Abg. Dr. v. Reudell (Dnat.) begründet die deutsch-nationale Interpellation. Er fordert den Reichstag auf, in der Optantenfrage einmal einmütig zusammenzuarbeiten, um zu untersuchen, wie es zu den schmählichen Zuständen in Schneidemühl gekommen sei, und eine Wiederholung dieser Zustände zu verhindern.

Ferner wird gefragt, was die Reichsregierung getan habe, um die Vertriebenen vor dem bittersten Elend zu bewahren, und was die Regierung zu tun gedenkt, um, gegebenenfalls unter Anwendung von Bergeltungsmahnahmen, die deutschen Einwohner Polens in Zukunft zu schützen.

Die Reichsregierung wird in dieser Interpellation aufgefordert, unverzüglich Mahnahmen zur Vinderung der Flüchtlingsnot zu treffen, und gefragt, was sie gegen die an der mangelhaften Unterbringung Schuldigen zu tun gedenke.

Als der Redner erklärt, die Rechtsparteiler hätten kein Recht, gegen die polnische Willkür zu protestieren, da sie selber Gewaltanbetreiber seien, erhebt sich großer Lärm rechts; Rufe: Herunter mit ihm! Die Wehrzahl der Deutschnationalen und der Mitglieder der Deutschen Volkspartei verlassen den Saal.

Reichsaußenminister Dr. Strefemann

nicht im Namen der Reichsregierung und im Einverständnis mit dem preussischen Ministerium des Innern auf die von den Borrednern gestellten Interpellationen folgende Erklärung ab:

Der Reichsregierung ist durch den Schiedsspruch des Präsidenten Raekenboeck die Pflicht auferzungen worden, die Abweisung der deutschen Optanten aus Polen zu dulden. Trotdem dieser Schiedsspruch auch für die deutsche Regierung verbindliche Kraft hatte, hat die deutsche Delegation in Wien durch direkte Verhandlungen mit der polnischen Delegation versucht, eine Milderung dieses Schiedsspruches herbeizuführen.

Nachdem auf der Grundlage des Raekenboeck'schen Schiedsspruches das Wiener Abkommen am 30. August vorigen Jahres, das im Reich und in Polen Gesetz wurde, unterzeichnet war,

hat das Auswärtige Amt die deutsche Gesandtschaft in Warschau beauftragt, in dringlicher Form bei der polnischen Regierung auf einen Verzicht auf die Ausweisungsbefugnis bzw. auf eine Einschränkung des Kreises der abwanderungspflichtigen Optanten hinzuwirken.

Diese Verhandlungen, die im Januar, Juni und sogar noch im Juli dieses Jahres stattfanden, hatten jedoch infolge des Widerstandes der polnischen Regierung keinen Erfolg. Lediglich das Verbleiben der zu den Konsulatangestellten gehörenden Optanten wurde zugestanden. Dabei wurde nicht einmal der Wunsch der deutschen Regierung, von der Abwanderungspflicht Greise, Schwerekrigobehaftete, Witwen und Waisen auszunehmen, berücksichtigt. Inmittenbar nach dem Abschluß der Wiener Verhandlungen unterrichtete das Auswärtige Amt das Reichsministerium des Innern in einer Besprechung vom 25. Oktober 1924, in welcher die Frage der Hebernahme und Unterbringung der Optanten noch nicht abschließend geklärt werden konnte.

Die Behandlung dieser Frage wurde vom Reichsministerium des Innern übernommen

und dieses berief für den 1. und 8. Dezember 1924 kommissarische Besprechungen mit den beteiligten Stellen des Reiches und Preußens ein, um die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Mahnahmen sicherzustellen. Dabei wurde auf Grund der angefertigten Ermittlungen die Zahl der aus Polen Abwanderungspflichtigen auf rund 27 000 angegeben.

Mit dem Abtransport der Optanten aus Polen an die deutsche Grenze wurden die deutschen Konsulate in Polen und Thorn beauftragt, die mit den organisatorischen Mahnahmen bereits im Februar begannen. Abwanderungsorten wurden in Bromberg, Thorn und Dirschau eingerichtet. Jeder einzelne Optant erhielt gedruckte Verhaltensmahregeln. Abwanderungspapiere wurden ebenfalls jedem einzelnen Optanten ausgereicht und in Notfällen eine Geldbeihilfe gewährt. Tausende von Optanten erbat und erhielten von den deutschen Konsulaten Rat und Hilfe, und dank dieser umfangreichen Vorbereitungen konnte ein großer Teil der Optanten, etwa 8000, im Juli die Abwanderung antreten, ohne das Durchgangslager in Schneidemühl zu betreten. Nach Abschluß der im Dezember 1924 genau festgelegten Vorbereitungen beauftragte das Reichsministerium des Innern eine erneute allgemeine Aussprache über die Optantenfrage auf den 30. März 1925 an, an welcher das Auswärtige Amt, das Generalkonsulat in Polen, das Reichsfinanzministerium, das preussische Ministerium des Innern, das preussische Ministerium für Volkswohlfahrt, das preussische Finanzministerium, das preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und die Reichsarbeitsverwaltung teilnahmen. In dieser Besprechung teilte der Vertreter des preussischen Ministeriums des Innern mit, daß der Oberpräsident in Schneidemühl zum preussischen Staatskommissar für die Hebernahme der Optanten aufgestellt sei. Es wurde eine Arbeitsteilung vereinbart, wonach der preussische Staatskommissar und die Reichsarbeitsverwaltung gemeinsam zu sorgen hätten für den Empfang der Flüchtlinge an der Grenze und ihre Verteilung auf die Abwanderungsorten.

Das von Preußen in Schneidemühl eingerichtete Durchgangslager bot für etwa 5000 Optanten ein vorläufiges Unterkommen.

Dieses Lager war lediglich für die erste Aufnahme der Optanten bestimmt, und die rasche Weiterleitung war gewährleistet durch die preussischen Vorschriften über die wohnliche Unterbringung der Optanten gemäß dem Rundschreiben vom 7. Februar 1925 und die sich darauf aufbauenden ministeriellen Anweisungen an die Regierungspräsidenten, durch welche diese verpflichtet wurden, Wohnräume für die ihnen zugewiesenen Optanten zu beschaffen. Gleichzeitig mit dem Wohnungsproblem war die Frage der Arbeitsbeschaffung zu lösen, da ein längeres Lagerleben aus sanitären, politischen und sozialen Gründen nicht geduldet werden konnte. Zu diesem Zweck hatte die Reichsarbeitsverwaltung Mitte April eine Optanten-Vermittlungsstelle eingerichtet und ihre Leitung einem hervorragenden Sachkenner übertragen, während dem Generalkonsulat in Polen ebenfalls ein Bearbeiter für die einschlägigen Fragen beigegeben wurde. Auf diese Weise ge-

lang es, bis zum 4. August d. J., 5751 Personen einschließlich der Familienangehörigen in Arbeitsstellen unterzubringen, davon allein 3352 Personen seit dem 28. Juli.

Als Mitteln sind für die Unterbringung vom Reich und Preußen insgesamt 6,5 Millionen M. bereitgestellt und weitere 3 Millionen M. für die Unterbringung der zu erwartenden Optanten ausgeworfen.

Da damit gerechnet wurde, daß 20 000 Optanten Polen bis zum 1. August verlassen müßten, so glaubte man, daß der Hauptteil in der zweiten Julihälfte die Grenze überschreiten würde, und danach wurden in Schneidemühl die Einrichtungen getroffen. Wider Erwarten kam aber der Hauptteil der Optanten erst in den allerletzten Julitagen.

Der Grund dafür war, daß die Optanten bis in dem letzten Augenblick hofften, Polen würde im allgemeinen oder in besonderen Fällen von der Austreibung Abstand nehmen.

So drängte sich der Zustrom auf wenige Tage zusammen und dadurch entstanden Unzuträglichkeiten für die Unterbringung und die Weiterbeförderung. Diese Schwierigkeiten konnten im Zusammenarbeiten aller Stellen behoben werden. Die höchste Belegung des Lagers in Schneidemühl betrug etwa 7000 Köpfe.

Die bisherige Abwanderung erfolgte unter dem Druck des in dem Wiener Abkommen festgesetzten Termins, aber ohne direkten polizeilichen Zwang. (Lachen rechts.) Die Reichsregierung hat sich bei den entsprechenden Mahnahmen gegen die polnischen Optanten in Deutschland, die denselben Bestimmungen des Wiener Abkommens unterliegen, zur Rücksichtnahme gemacht, ihnen dieselbe Behandlung zuteil werden zu lassen, der die deutschen Optanten in Polen durch die polnische Regierung ausgelegt werden.

Es ist daher selbstverständlich, daß die Reichsregierung, um das Los der deutschen Optanten nicht unnötig zu erschweren, ihre Mahnahmen gegen die polnischen Optanten in Deutschland dann vornehmen wird, wenn Polen hiermit vorangegangen ist. (Zwischenrufe rechts.)

Das ist vollkommen richtig; wir haben das größte Interesse daran, daß wir zu Repressivmahnahmen erst schreiten, wenn Polen uns so behandelt hat. (Lärm und Zwischenrufe rechts.) Sie, Herr v. Graefe, scheinen der Meinung zu sein, daß wir provozieren sollen. (Lärm rechts: Unerhörte!) Demgemäß hätte die deutsche Regierung, nachdem die polnische Regierung den deutschen Optanten in Polen die Abwanderungsaufforderungen hatte zustellen lassen, das gleiche getan. Nachdem Polen die Wohnungen der Optanten beschlagnahmt hatte, ist von deutscher Seite daselbst veranlaßt worden. Ebenso hatte Deutschland beabsichtigt, mit den gleichen Zwangsmahnahmen zu antworten, sobald Polen die zwangsweise Abschiebung der noch nicht abgewanderten Optanten vornahm. Die Verteilung von vielen Tausenden von Optantenfamilien von ihrer heimatischen Scholle im abgetretenen Gebiet bedeutet einen Notstand von solcher Größe, daß es ein Gebot der Menschlichkeit, zugleich eine selbstverständliche deutsche Ehrenpflicht für alle zur Pflege der Wohlfahrt und des Deutschtums berufenen Ressorts des Reiches und Preußens ist, nach Kräften der Vinderung der Not beizutragen. Dieser Verpflichtung sind sich alle Ressorts bewußt, und von keinem ist je die Mitverantwortung für das Los der Optanten verkannt oder bestritten worden.

Heute ist dem Auswärtigen Amt durch das Generalkonsulat in Polen berichtet worden, daß die polnischen Behörden Mahnahmen zur zwangsweisen Abschiebung derjenigen deutschen Optanten in Polen eingeleitet haben, die bisher innerhalb ihrer Abwanderungsfrist nicht abgewandert sind. Insbesondere ist diesen Personen die Aufforderung zugegangen, Polen innerhalb von 48 Stunden zu verlassen. (Hört, hört! auf allen Seiten des Hauses.)

Die zuständigen inneren Stellen in Deutschland haben daraufhin auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes bereits die nötigen Mahnahmen in die Wege geleitet, um die noch in Deutschland verbliebenen bereits abwanderungspflichtigen polnischen Optanten in derselben Weise zum Verlassen des Reiches zu zwingen.

Zu dieser Erklärung der Regierung habe ich noch zu bemerken, daß niemand in Urlaub gegangen ist, der mit diesen Dingen zu tun gehabt hat. (Zwischenruf: Herr Kaufher!) Herr Kaufher ist auf Urlaub gegangen, nachdem seine Verhandlungen mit den Polen hierüber vollkommen ergebnislos verlaufen sind und uns jede weitere Verhandlung mit Polen darüber nicht mehr mit der Würde der deutschen Regierung vereinbar schien.

Von der reichsdeutschen Kolonie in Warschau ist das Verhalten des Herrn Kaufher gebilligt worden.

Ich habe außerordentlich bedauert, daß bei Behandlung dieser Frage in der öffentlichen Meinung in Deutschland vielfach die inneren Fragen den außenpolitischen Interessen vorangestellt sind. Was in Schneidemühl geschehen ist, ist tiefbedauerlich, aber wenn die Frage aufzuwerfen ist, wer die Schuld daran trägt, so hätte sich diese Frage wohl im engeren Kreise erledigen lassen. Die Dinge in Schneidemühl sind doch sekundärer Natur, das Primäre ist, daß 6 Jahre nach dem Kriege noch Zehntausende von friedlichen Deutschen aus einem Nachbarland ausgewiesen werden können. Wenn jetzt darüber geklagt ist, daß das Ausland nicht genügend auf die polnische Ungerechtigkeit reagiert, so fragen wir insofern eine große Schuld daran, als wir diese Zustände in Schneidemühl in den Vordergrund gestellt haben. Die polnische Regierung beruft sich auf das formale Recht, das sie nach dem Schiedsspruch des Herrn Raekenboeck hat, das Recht, die zwangsweise Abwanderung zu fordern. Auch hier liegt es so, wie der Reichstagler neulich einmal sagte, daß formales Recht zum größten Unrecht wird.

Die Geste Polens uns gegenüber ist aber die Geste der Gewalt!

(Sehr richtig!) Wenn wir gezwungen sind, Repressalien dagegen zu ergreifen und wenn wir heute die Befehle haben ergehen lassen, daß die Polen, die noch nicht abgewandert sind, innerhalb 48 Stunden den deutschen Boden zu verlassen haben, so haben wir das nicht getan im Gefühl der Befriedigung über solche Mahnahmen. Wir haben es getan im Gefühl der Beschämung darüber, zu solchen Mahnahmen greifen zu müssen. (Allgemeine Zustimmung.) Wir handeln in der Abwehr gegen ein Unrecht. Es hat Zeiten gegeben, vielleicht in früheren Jahrhunderten, wo selbst bei denjenigen Völkern, die Krieg miteinander führten, das Heimatrecht der Völker höher geachtet wurde als heute - sieben Jahre nach dem Kriege. Wir geben dem Widerspruch gegen die Politik der Gewalt Ausdruck und zugleich der Heberzeugung, daß mit allen Mitteln denjenigen geholfen werden muß, die die Opfer der Gewalt geworden sind.

Abg. Kube (Woll.) vernimmt bei den Deutschnationalen in dieser Frage den Kampfesgeist Hefferichs und der deutschen nationalen Presse. Polen, dieser Kaufstaat, müsse gezwun-

gen werden, die Manieren eines zivilisierten Staates anzunehmen. Wer die Wassermaaschen Gestalten beim polnischen Generalkonsulat am Rollendorplatz in Berlin beobachtet, müsse dringend wünschen, daß dieser Schweineestall einmal geäubert wird. (Beifall, Unruhe und Gelächter.)

Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.) erklärt: Die polnische Politik, das habe erst kürzlich ein französischer Schriftsteller anerkannt, streue eine Saat des Hasses, die bei den Deutschen dem Bedürfnis nach einer friedlichen Revision der Ostgrenzen immer neue Nahrung gebe. Dabei denke man in der Tat immer wieder an den polnischen Korridor, den Pfahl im deutschen Fleische. (Beifall.) Für die Unterbringung und Unterstützung der Optanten müsse alles getan werden, was möglich ist.

Abg. Dr. Haas (Dem.) bezeichnet es als einen schlechten Dienst an den unglücklichen Optanten, wenn ihre Not dazu gemißbraucht wird, gehäßige Angriffe gegen politische Gegner zu richten.

Dem groben Anflug der politischen Agitation im Flüchtlingslager müsse schleunigst ein Ende gemacht werden. (Beifall links.)

Seht komme es vor allem darauf an, für die deutschen Optanten ausreichende Siedlungsbedingungen zu schaffen. Polen sei in die längst überwundenen Methoden mittelalterlicher Gewaltpolitik verfallen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Bredt (W. Bgg.) hält es nicht für zweckmäßig, in diesem Augenblick Angriffe gegen Reichsbehörden oder preussische Behörden zu richten. Die Hauptfürsorge müsse jetzt die Hilfe für die Optanten sein. Nach den unerhörten Akten polnischer Gewaltpolitik gegen Deutsche müsse jetzt verlangt werden, daß die deutsche Regierung rücksichtslos alle die Polen ausweist, die nach Deutschland übergesiedelt sind und die zum größten Teil hier als Blutsauger aufgetreten seien.

Es folgen dann die Schlussworte zu den Interpellationen.

Abg. Schall-Bromberg (Dn.) gibt zunächst von einer Entschließung Kenntnis, die die Deutschnationalen eingebracht haben.

Abg. Nowak (Soz.):

In den letzten Jahren und Monaten haben Tausende deutscher Staatsbürger Polen verlassen müssen, um in Deutschland eine neue Existenz zu finden. Ihnen gebührt unser Gruß und Dank, weil die Heimkehrenden in der schwersten Zeit ihrem Vaterlande die Treue bewahrt haben. Diejenigen, die in der Dittmar gearbeitet haben, wissen, wie viel Schweiß es gekostet hat, um in jahrhundertlangem Kampf deutsche Kultur nach dem Osten zu tragen, um aus Moor und Sumpf blühende Heimstätten zu schaffen. Diese Leute müssen die ihnen lieb gewordene Heimat verlassen, um in der alten Heimat den Kampf um eine neue Existenz aufzunehmen. Wir sprechen die Hoffnung aus, daß ihnen ein ausreichender Ersatz für alle Unbill geboten wird. Wir erwarten von der Regierung, daß sie ausreichende Mittel zur Verfügung stellt, um den nach Deutschland Zurückkehrenden zu helfen. Deren Andrang ist so stark, daß das Unterkommen in Schneidemühl nicht ausreichte, es sind dort Zustände eingetreten, die in einer Kulturnation nicht vorkommen dürfen. Diese Zustände haben dazu geführt, daß der preussische Innenminister Severing selbst nach Schneidemühl gereist ist, um einen Überblick über die Unterbringung und Weiterbeförderung der Optanten zu bekommen. Seinem schnellen Eingreifen ist es gelungen, die größten Mißstände abzustellen. Ich habe ihn auf dieser Reise begleitet können und bin deshalb in der Lage, einen objektiven Bericht über die Lage der Optanten in dem Lager von Schneidemühl zu geben. Ich selbst bin geborener Westpreuße und hatte ein Interesse daran zu sehen, wie meine Landsleute von der alten Heimat aufgenommen und untergebracht und gepflegt worden sind. Es war ein erschütternder Anblick, als wir in der Nacht durch die Baracken gingen. Sie waren darin zusammengedrängt und bei der schlechten Luft kann man sich vorstellen, welches Bild sich uns bot.

Bei diesem Anblick kam mir ein anderes Bild in Erinnerung. Es war in den Augusttagen 1914, als Ostpreußen geräumt werden mußte und tage- und wochenlang die Einwohner draußen im Regen liegen mußten. In den Zeitungen war gemeldet worden, daß die Lagerkommandantur auf den Ansturm wenig vorbereitet war, daß insbesondere nicht für Stroh gesorgt wurde. Ich habe danach gefragt, wer davon die Schuld trug, die Antwort:

Die Kommandantur hat sofort den Versuch gemacht, sich Lagerstroh zu verschaffen. Als sie auf die großen Güter der Umgegend danach schickte, wurde geantwortet: „Wir sind jetzt in der Ernte, wir können kein Stroh abgeben“ (Stürmisches Hört, hört!)

Das sind (nach rechts) Ihre Leute, die diese Antwort gegeben haben. Sie können nicht erzählen, daß ein Grundbesitzer gerade soviel Stroh hat, wie er für die Ernte braucht. Es ist auf den großen Gütern immer so viel Stroh da, daß es für viele Jahre ausreicht.

Diese großen Grundbesitzer hatten für die Optanten kein Stroh, aber die anderen, die Kleinbauern, stellten sofort Stroh zur Verfügung. (Hört, hört!)

Wir verstehen es, daß die Ernte in die Scheuern gebracht werden soll, aber wenn es sich darum handelt, für die aus der bisherigen Heimat vertriebenen Stroh zum Lager zu geben, dann kann ich eine solche Handlungsweise nicht verstehen. (Sehr wahr b. d. Soz.) Wir verstehen es aber auch, daß die Herren vom Landbund jetzt damit beschäftigt sind, die Schutzzölle unter Dach und Fach zu bekommen, diese Ernte muß jetzt in die Scheuer gebracht werden. (Sehr richtig bei den Soz.)

Herr Kube hat vorgeschlagen, die 129 000 polnischen Landarbeiter aus Deutschland auszuweisen. Er hätte sich in dieser Frage eigentlich an Herrn Graef und an die Deutschnationalen wenden müssen. Dort hat man kein Interesse daran, diese Landarbeiter hinauszusenden. Allerdings hält man sie nur solange, als sie ihre Arbeit leisten, später heißt es, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Der Redner verliest eine Presseäußerung über das Elend der polnischen Wanderarbeiter. Es wird darin berichtet, daß

in Pommern zahllose polnische Schnitter obdachlos

sind, und er knüpft daran die Schlussfolgerung: Erst beutet man sie aus, dann setzt man sie auf die Straße. (Sehr richtig bei den Soz.)

In einigen Baracken in Schneidemühl lag es sehr betäubend aus, in anderen Baracken war es besser. Insbesondere dort, wo Mahnahmen getroffen wurden, damit die Familien zusammenwohnen können. Der preussische Innenminister hat Richtlinien für den Neubau von Baracken und andere Mahnahmen aufgestellt. Die Lagerverwaltung muß alles tun, um eine Erleichterung für die Optanten zu schaffen. Die Leute waren zumeist mit dem Elfen zufrieden, sie erklärten zum Teil, daß sie besseres Essen bekommen hätten als vorher in Polen. Es soll ihnen jetzt angemessene Arbeit und Wohnung verschafft werden. Auch für die Optanten, die längere Zeit dort zu bleiben gezwungen sind, ist durch die Mahnahmen des preussischen Innenministers besser gesorgt. Es wird alles getan, um ihr Los zu mildern und um bessere sanitäre Einrichtungen zu schaffen. Erfolgreich ist es, daß durch die Arbeitsvermittlung des Lagers schon für 5 1/2 Tausend Optanten Arbeit und Wohnung beschafft werden konnten. Die Optanten drängen selbst

In ausreichendem Maße zur Arbeitsvermittlung. Flehenlich bitten sie darum, ihnen Arbeit und Wohnung zu beschaffen. Die Rechtspreffe hat statt sich darüber zu freuen, daß der preussische Innenminister so schnell eingegriffen hat, ihn in unflätigster Weise beschimpft und in nicht zu beschreibender Weise angegriffen. Wir hoffen, daß die Optanten überall so aufgenommen werden, wie es den Opfern entspricht, die sie gebracht haben

und nicht so, wie Herr Lindener-Wildan in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ geschrieben hat. (Sehr richtig bei den Soz.)

Polen war bei seinen Maßnahmen gegen die Optanten juristisch formell im Recht. Nach dem Wiener Abkommen vom 30. August 1924 sollten die deutschen Optanten am 1. August 1925, soweit sie Grundbesitz haben, in den Festungsragons oder in der Grenzzone wohnen, am 1. November 1925, der Rest am 1. August 1926 Polen verlassen. Aber die polnische Regierung brauchte nicht auf ihren Schein zu bestehen, wir verstehen es nicht, daß sie auf diese Weise vorgegangen ist. Menschen, die mit Polen vermischt sind, die Kulturarbeit geleistet haben, wurden wie das Vieh an die Grenze abgeschoben. Die Versuche von deutscher Seite, diese Maßnahmen rückgängig zu machen, waren vergeblich. Wir haben gehört, daß gletsch Zwangsmassnahmen von Polen durchgeführt wurden, daß auch Industriearbeiter in Lodz ausgewiesen werden. Wenn Polen mit den Ausweisungen fortfährt, dann wird Deutschland allerdings nichts anderes übrigbleiben, als Gegenmassnahmen zu ergreifen. Man muß doch aber die Frage aufwerfen: Ist diese Polenpolitik nicht

eine Frucht jener Politik, die Preußen vor dem Kriege getrieben hat?

(Sehr wahr! bei den Soz.) Die Maßnahmen der polnischen Regierung erinnern an die preussische Ostmarkenpolitik. (Juriste rechts.) Ich beschönige nichts, was Polen tut. Deswegen werden wir aber doch nicht verschweigen, daß das eine Frucht der früheren Ostpolitik ist. Die preussische Regierung vor dem Kriege hatte den Polen in dem Verhalten, sich in ihrer polnischen Muttersprache zu unterhalten, häufig wurden die Kinder geprügelt, wenn die Lehrer erfuhren, daß sie zu Hause polnisch sprachen. (Zwischenruf vom Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) In Bromberg mag es nicht so gewesen sein, aber in den kleineren Orten ist man so vorgegangen. Jetzt rächt sich die Politik, die früher getrieben worden ist. Wir wünschen aber, daß die Polen die Lehre gerade aus der Vergangenheit ziehen, daß die nationalstischen Leidenschaften durch solche Maßnahmen erst recht angefaßt werden.

Die Leidtragenden dabei sind ja nicht die Großgrundbesitzer, denn die haben nicht für Deutschland gestimmt, sondern sind zu Polen geworden. Gerade diese Herren, die immer den Nationalismus im Munde führen, haben jetzt vergesen, daß sie Deutsche gewesen sind. (Sehr richtig! bei den Soz.)

In der Rechtspreffe wird nach den Instanzen gesucht, die die Verantwortung zu tragen haben. Nach der Erklärung des Reichsaussenministers, von der hoffentlich die Rechtspreffe Notiz nehmen wird, kann kein Zweifel daran sein, daß die Schuld an den Zuständen in Schneidemühl nicht beim preussischen Innenministerium, sondern bei der Reichsregierung liegt. Es ist jetzt ihre Aufgabe, genügend Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Immer wieder wurde es uns von dem Kommandanten des Lagers gesagt, daß nur der Mangel an Geldmitteln verhindert habe, den Ausbau des Lagers vorzunehmen und die Rot der Optanten rechtzeitig zu lindern. Nach der heutigen Erklärung des Reichsaussenministers darf nicht länger mit dem Elend der Optanten Schindluder getrieben werden. Nicht durch Redensarten, nicht durch die Ausspielung der nationalstischen Instanzen ist ihnen zu helfen, sondern durch die Bereitstellung ausreichender Geldmittel. Am 1. November ist wieder eine größere Anzahl von Optanten zu erwarten, wir haben deshalb den Antrag gestellt, daß die Regierung dafür sorgt.

daß den Optanten, die Landwirtschaft betrieben haben, in ausreichendem Maße Gelegenheit zur Siedlung gegeben wird.

Es kommen diesmal vornehmlich kleinere und mittlere Bauern in Betracht. Wir haben im Osten riesigen Grundbesitz, es kann ihnen also genügend Land zur Verfügung gestellt werden. Zeigen sie nun, daß Sie wirklich bereit sind, denjenigen zu helfen, die in Deutschlands willen leiden. Wir sprechen aber die Hoffnung aus, daß bald eine Verständigung mit Polen zustande kommt, nicht nur in der Frage der Optanten, sondern auch im Wirtschaftskrieg, der im Interesse aller Beteiligten bald beigelegt werden muß. (Beifälliger Beifall bei den Soz.)

Abg. Buchholz (Z.) bedauert, daß auch die fürchtbare Rot der Optanten zum Gegenstand eines gehässigen Parteistritts in der Presse gemacht worden seien. Die Tendenzmeldungen dieser Presse hätten nur neues Wasser auf die Mühlen der Polen geleitet. Man habe hier und da nach deutschen Schuldnigen gesucht, statt auf den mahnen Schuldigen hinzuweisen, auf die Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit der polnischen Politik. (Beifall.)

Abg. Rödel (Komm.) meint, die Ausführungen des Außenministers würden bei den Vertriebenen in Schneidemühl nur Enttäuschung hervorrufen.

(Schluß des Berichts siehe Hauptblatt.)

Wirtschaft

Irrsinn mit Methode.

Die Bedeutung der Industriezölle, die jetzt „in vermehrter und verbesserter Auflage“ aus dem Zollkompromiß herauskommen, ist von jeher nicht zweifelhaft gewesen. Sie galten früher einmal mit einem gewissen Recht als Erziehungszölle, aber schon 1890 kennzeichnete sie Friedrich Engels mit den Worten: „... die industriellen Schutzzölle, eingeführt gerade im Augenblick, wo die deutsche Industrie aus eigener Kraft und unter Freihandel sich eine Weltmarktstellung erobert hatte, eingeführt ausdrücklich und einzig, damit der Fabrikant im Inland zu Monopolpreisen und im Ausland zu Schleuderpreisen verkaufen könne...“ Engels brachte damit auf eine kurze Formel, was schon viele Jahre vorher Gegenstand heftiger sozialdemokratischer Kritik gewesen war: die Tatsache des deutschen Schleuderexports, dessen Kosten der zollumschlossene Binnenmarkt trug.

Für diesen Schleuderexport ist in der sozialdemokratischen Literatur manch charakteristisches Beispiel verzeichnet. Hier sei nur aus der „Neuen Zeit“ (Jahrgang 1887) die folgende Mitteilung wiedergegeben:

„Die Herren Schutzzöllner haben bekanntlich nur im Interesse des Vaterlandes und nicht ihres Profits die Erhöhung der diversen Zölle durchgedrückt. Eine gute Illustration dieses Patriotismus bietet folgender Fall, der sich jüngst ereignete, einer aus vielen: Zwei große Lieferungen Schienen waren ausgeschrieben; beide wurden deutschen Firmen zugeschlagen. Nach Abzug der Transportkosten betrug der Preis, den der deutsche Fabrikant verlangte, in dem einen Falle 76 M. pro Tonne, im anderen Fall dagegen 120 M. Der erste Preis war ebenso unerhört niedrig, wie der andere hoch, denn gleichzeitig kostete eine Tonne Schienen in England 85 M. Die eine Lieferung war für das Ausland bestimmt, für die australische Kolonie Victoria, die andere von der Eisenbahndirektion Berlin ausgeschrieben. Jedermann sollte nun glauben, daß der deutsche Fabrikant, der von Patriotismus trieb, dem Vaterland den Profitpreis gibt, den er aus dem Ausland herausgeschlagen. Jedermann weiß aber auch, daß das Umgekehrte der Fall ist.“

In der Folge haben die Fortschritte der Kartellierung und Syndizierung der Industrie es ermöglicht, die anfänglich primitiven Methoden solcher Ausnutzung der Schutzzölle mehr und mehr zu einem sorgsam ausgebildeten System zu entwickeln. Dabei war sowohl die Rohmaterial- und Halbfabrikatproduktion wie auch die Fertigfabrikation beteiligt. Je länger, je mehr ist aber die Verfeinerungsindustrie in Nachteil geraten, und durch keinen Extraprofit, der unterm Zollschuß im Inlande zu erreichen war, konnten schließlich für sie die Wirkungen der billigen Rohmaterial- und Halbfabrikatlieferungen aus der deutschen Produktion an die ausländischen Fertigindustrien aufgehoben werden.

Nach dem Kriege ist Fabrikatexport für das kleinere und in seiner agraren Grundlage geschwächte, andererseits mit schweren Zahlungsverpflichtungen ans Ausland belastete Deutschland dringendstes Erfordernis. Jede Steigerung des Fabrikatexports bedeutet geradezu eine Erleichterung sowohl der gesamtwirtschaftlichen wie auch der sozialen Situation. Dementsprechend fordert die Wissenschaft, der in der Gegenwart mehr als je zuvor die Vertretung der wirtschaftlichen Allgemeininteressen gegenüber den differenzierten Gruppen- und Einzelinteressen zukommt, Beseitigung aller Exporthemmnisse für die Fertigindustrien, welcher Art diese Hemmnisse auch sein mögen. Aus diesem Grunde trat die deutsche Wirtschaftswissenschaft auch mit festerer Einmütigkeit gegen die Rohmaterial- und Halbfabrikatzölle auf.

Man kann nicht die Fertigindustrie in ihrer Exportfähigkeit stärken, wenn man ihr die Materialien verteuert, durch Zölle ihre Herstellungskosten über Weltmarktniveau hinaufstreift. Selbst wenn die sogenannte eisenschaffende der eisenerarbeitenden Industrie Differenzbeträge herausbezahlt, um sie für die Uebersteuerung durch die zollgeschützte Preisbildung ihrer Kartelle und Syndikate teilweise zu entschädigen, so schafft dies doch keinen entsprechenden Kraftzuwachs für den internationalen Konkurrenzkampf der Fertigindustrie, weil auf solche Weise ein Ausgleich für das durch das lächerliche Zollsystem allgemein überhöhte Preisniveau nicht möglich ist. Es wird sich bald zeigen, daß die Schwerindustrie relativ reuflüiert, während die Fertigindustrie zunehmend in Schwierigkeiten gerät.

Aus Holland wird schon jetzt über Erfolge der deutschen Rohmaterial- und Halbfabrikatproduzenten durch billige Exportpreise und, damit zusammenhängend, über Mißerfolge der deutschen Fertig-

industrien im internationalen Konkurrenzkampf berichtet. Der „Niederländischen Zeitung“ wurde darüber aus Rotterdam gemeldet („N. Z.“ vom 3. August):

„Die Einfuhr deutscher Maschinen nach Holland ist seit 1922 ständig und stark zurückgegangen und betrug im letzten Jahre nur mehr 40 Proz. von den in 1922 und 50 Proz. von den in 1923 nach Holland gelieferten Maschinen. Diese Tatsache deutet sich durchaus mit der bekannten Verschiebung, die in der Belieferung Hollands durch Deutschland eingetreten ist. Fertigerzeugnisse werden mehr und mehr verdrängt, während Rohstoffe und Halbfabrikate deutschen Ursprungs infolge äußerst niedriger Preisstellung wachsenden Absatz in Holland finden, wodurch, was sehr bedenklich stimmen kann, die holländische Fertigmarenindustrie vielfach in die Lage versetzt wird, die deutsche Industrie zu unterbieten. Diese Verschleuderung der deutschen Rohstoffe und Halbfabrikate hat nicht wenig dazu beigetragen, daß große holländische Unternehmungen sich überraschend schnell von den Rückschlägen der letzten Jahre erholen konnten.“

Solche Gestaltung des deutschen Exports ist genau das Gegenteil des Notwendigen. Das ist Irrsinn, der freilich Methode hat, die Methode der umbekümmert um alle Weiterwirkungen nur auf ihren momentanen Vorteil sehenden Interessenten. Was übrigens wieder bestätigt, daß für die kapitalistische Praxis nicht wirtschaftliche Vernunft, sondern lediglich der Profit maßgebend ist.

Im höchsten Grade bedenklich ist es aber, daß der neue Zolltarif von diesem methodischen Irrsinn außerordentlich stark beeinflusst ist. Gewähren alle Einfuhrzölle die Möglichkeit, die Preise inländischer Erzeugnisse etwa um den Zollbetrag über die Preise gleichartiger ausländischer Erzeugnisse zu erhöhen, so steigt diese Möglichkeit mit dem Grade der Zusammenfassung von Erzeugergruppen zu Kartellen und Syndikaten. In dieser Beziehung gibt nun die gegenwärtige lebhafteste Kartellaufbautätigkeit speziell für die „eisenschaffende“ Industrie, für die Produzenten von Rohmaterial und Halbfabrikaten stark zu denken. Diese Kartellierungen und Neubildungen knüpfen an die Tatsache, daß der neue Zolltarif diktiert ist vom stärksten kapitalistischen Interesse, welches nach der ganzen politischen Lage die Schwerindustrie darzustellen vermag.

Hier ist ein klares proletarisches Interesse in Gefahr. Die deutsche Arbeiterschaft kann im kapitalistischen Deutschland Arbeitsmöglichkeit nur finden bei möglichst weitgehender Ausdehnung der qualitativ hochwertigen Verfeinerungsindustrie. Nur darin kann nach Lage der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeitslohn für die relativ stark überbevölkerte deutsche Bevölkerung reproduziert werden. Wie schließlich die deutsche Landwirtschaft eventuell nach großen Anstrengungen und unter großen Opfern der Verbraucher die deutsche Bevölkerung wohl ernähren, aber ihr keine Verdienstmöglichkeit geben könnte, so kann auch die Rohmaterialschaffende und die Halbfabrikate herstellende Industrie unmöglich die großen Massen deutscher Arbeiter beschäftigen. Rückgang der Verfeinerungsindustrie bedeutet also in viel höherem Grade Arbeitslosigkeit, als je durch einen Vorteil von Landwirtschaft und Schwerindustrie ausgeglichen werden kann. Es liegt deshalb im Interesse der Arbeiterschaft, die ja auch ihr Recht im Produktionsprozess suchen muß, die deutsche Produktion von Fertigfabrikaten nicht zurückdrängen zu lassen zugunsten der Schwerindustrie.

Die „Lösung“ der Produktionsfragen im Zolltarif ist falsch. Es handelt sich richtig darum, die Produktion in Deutschland zu steigern, näher an die volle Ausnutzung der industriellen Leistungsfähigkeit heranzukommen und in der Folge diese Leistungsfähigkeit zu steigern. Die Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft weisen darauf hin, die Fertigindustrie zu fördern, um aus deren Erfolgen die Impulse für die stärkere Beschäftigung der Rohmaterial- und Halbfabrikatindustrie zu gewinnen. Das setzt voraus, daß der Verfeinerungsindustrie billige Materialien zur Verfügung stehen. Der Weg, in den die Zolltarifizierung die Wirtschaftsentwicklung zwingt, führt umgekehrt im Extrem zur Beschränkung der Fertigindustrie auf den inneren Markt, auf dem sie nie die volle, ihrer Leistungsfähigkeit entsprechende Beschäftigung finden kann, womit sie nie in die Rolle des Hauptabnehmers der heimischen Rohmaterialproduktion hineinwachsen kann, und womit zwangsläufig auf den Export (und zwar auf den Schleuderexport) von deutschen Rohstoffen und wenig verarbeiteten ausländischen Rohstoffen hingewirkt wird.

Das ist ein Schlag gegen die Lebensmöglichkeiten des deutschen Proletariats im kapitalistischen Staate.

Soß. Regen.

Die Zigarettenfirma Baskhorti demotiert die Raucher, wonach sie in Zahlungsschwierigkeiten geraten sei. Eine Veräußerung von Aktien der Firma nach dem Ausland ist nicht erfolgt.

und ein Pfüln Euginus!

Mütter, achtet auf die Füße eurer Kinder!

Kinder - Schnürschuhe echt Chevreau und Rossechveau, mit Lackkappe, gute Passform, Gr. 31-35 4,90, 27-30.....	3⁹⁰	Schnürstiefel echt braun Rindbox, prima Verarbeitung, solides Bodenmaterial, Größe 31-35 7,90, 27-30.....	6⁹⁰	Turnschuhe braun, mit schwarzer angelegener Gummisohle, Größe 29-35, 7,5, 21-28	3¹⁵
Kinder - Schnürschuhe echt braun Rindbox, besonders preiswert, Größe 31 bis 35 5,90, 27-30.....	4⁹⁰	Knaben - Agraffenstiefel echt Rindbox, sehr strapazierfähig, Gr. 36 bis 39.....	7⁹⁰	Sandalen Rindled., doppelsohlig, br. Flexible, zweimal weils gedoppelt, m. Fleck, 36-42, 40, 31-35, 5,90, 27-30, 25-26, 4,45, 23-24, 3,90, 21-22, 3,45, 18-20..	3²⁵
Rindbox - Schnürstiefel vorzügliche Qualität, besonders strapazierfähig, Größe 31-35 6,90, 27-30.....	5⁹⁰	Backfisch - Schnürstiefel echt Rindbox, gutes Bodenmaterial, Gr. 36 bis 39.....	8⁵⁰	Kinder-Söckchen Baumwolle, schwarz, weiss, farbig, Größe 1	30 Jede weitere Gr. 5 Pf. mehr
		Turnschuhe grau Segeltuch, durchgehndt, Größe 31-35, 2,95, 27-30, 2,50, 25-26, 2,25, 21-24	2¹⁵	Kinder-Strümpfe schwarz, weiss, lederfarbig, gute Qualität, Baumwolle, Größe 1	55 Jede weitere Gr. 5 Pf. mehr

W. Reiser



CONRAD DETERT

Nischni-Tagil.

Von Max Barthel.

(Schluß.)

„Haben Sie von ihm neues gehört?“ fragte Hellmut.
„Nein, Herr, nein,“ wehrte Lomosooff erschrocken ab. „Ich habe nichts mehr von ihm gehört und will in Zukunft nichts hören. Ich bin Arzt, Herr, und möchte gern nach Rostau. Rein, nichts gehört, ich bin unpolitisch, parteilos.“
Hellmut blickte verwundert auf und plötzlich wußte er auch, warum Lomosooff nichts mehr von Dimitrow hören wollte. Auch Nischni-Tagil, die schwarze Stadt im Ural, war rot.
In das Lichtbild der Dimitrows malte Hans Schubert, Student der Medizin, gebürtig aus Wien, und hier Iwan Petrowitsch genannt, die schwarzen Striche und Schatten. Dieser Hans Schubert war schon sechs Jahre in Rußland, war Russe geworden und hatte auch eine russische Frau.

„Hören Sie, Hellmut,“ sagte er eines Tages zu dem Genesenden, der mit Johanna über den Fluß in das „Kartoffeldorf“ gekommen war, in dem Schubert wohnte. „Hören Sie, und glauben Sie nicht, daß ich leicht und aus vollem Herzen Russe geworden bin. Aber da sind so viele Verstrickungen und Erlebnisse, die nicht in einer Stunde erzählt werden können, so viele Knoten, die man nur lösen und nicht zerschneiden kann. . . . In Jekaterinenburg lernte ich meine Frau kennen. Sie war Krankenschwester. Hatte ein kleines Kind. Radja hieß das Kind. . . . War elend. Verlassen. Fremd. Wie ich. Hab mich ihrer angenommen und hab nun selbst ein Kind von ihr. . . . Iwan heißt es, nach dem Vater. . . . Ich kann nicht fort, es gibt ja so viel Arbeit auch in der kleinen Stadt. Der Tag müßt siebzig Stunden haben.“
Johanna hatte sich zu der russischen Frau gesetzt und spielte mit den Kindern.

„Ich verstehe,“ sagte Hellmut nachdenklich. „Die Kreatur Mensch muß Sie ja als Arzt ganz besonders interessieren. Ihre Leiden, Ihre Schmerzen. All der Jammer.“
„Ich bin noch nicht Arzt,“ wehrte Schubert ab, „ich bin erst Feldscher, aber Sie haben recht. Wir alle sind auf einen Posten hingeführt und müssen bleiben. Und wenn es ganz schlimm kommt, dann erst recht. Hier in Nischni-Tagil waren die Dimitrows, Sie haben wohl das Bild beim Chirurgen gesehen, nun, der Mann sitzt in London und wartet, bis er wieder im Ural herrschen kann. Ich hab ihn nicht gekannt, ich kenne nur die Erzählungen über ihn und seine Sippschaft. Die Dimitrows, wissen Sie, Hellmut, das waren die großen Blutsauger in Tagil. Als sie noch allein über den Ergruben saßen, bauten sie Volksschulen, auch das Krankenhaus, in dem Sie gelegen haben und die Bergschule. Eine philanthropische Ader, meinen Sie? O nein, die Ader der Dimitrows waren aus Eisen wie die Ader ihrer Ergruben.“
Der kleine Feldscher aus Wien schwieg. Johanna spielte mit dem kleinen Iwan. Die russische Frau lächelte, wie alle Frauen in der Welt über ihre Kinder lächeln.

„Die Bergschule wurde von den Dimitrows gegründet,“ fuhr Schubert fort. „Schön, aber auf dieser Schule bekamen die Schüler nach der Reifeprüfung keine Zeugnisse. Sie mußten, um zu leben, ewig in Tagil bleiben, hier, in diesem schwarzen Eisendreck.“ Sagen Sie selbst, Hellmut: was das nicht eine verflämerte Form der Leibeigenschaft? Nun, später wurde die Bergschule verstaatlicht. Neue Männer kamen und griffen den sicheren Besitz der Dimitrows mit neuen Gruben und Minen an. Platin wurde gefunden. Auch etwas Gold. In dieser Zeit zogen die Dimitrows die letzte Kopete Unterstützung von den Schulen und vom Krankenhaus. Jetzt mußte der Staat das schwarze Volk soweit auflären und unterrichten, wie es gerade für den Bergbau notwendig ist. Mit der Eisenbahn kam dann die Zivilisation in den Ural, was man so Zivilisation nennt. . . .“

„Aber eines muß ich Ihnen noch erzählen, Hellmut,“ fuhr er lebhaft fort, „ein echtes Dimitrowstück. Durch hohe Gehälter lockten sie auch ausländische Ingenieure heran und stellten neben sie junge Leute, und wenn die genug abgesehen und abgeläutet hatten, wurden die Fremden brutal entlassen. Da mußte sogar die alte kaiserliche Regierung eingreifen.“
„Und darum bleiben Sie in Nischni-Tagil, damit der große Dimitrow in London. . .?“ fragte Hellmut erstaunt und begeistert.
„Auch darum,“ sagte der kleine Feldscher aus Wien ganz schlicht. „Und vergessen Sie nicht, daß ich hier sehr gut gebraucht werden kann. Es sei denn, ich werde zu den Baschkiren abkommandiert.“
„Zu den Baschkiren?“ fragte jetzt Johanna.
„Ja,“ sagte Hans Schubert, „ins Seuchengebiet.“

Da ist im fernen Ural eine kleine vergessene Stadt: Nischni-Tagil. Auch dort ist Welt, Schicksal, Liebe, Haß und Freundschaft. Eisen wird gedrochen. Platin wird gefunden. Auch Gold. Die Wälder schweigen blau. Kirchen stehen da: weiß und grün. Der Fluß blüht. Die Walzwerke stürzen. Herr Lomosooff ist jetzt in Rostau oder hat die Professur in Perm doch angenommen. Der Fürst Dimitrow sitzt in London und denkt an die große unerlöschliche Ergrube. Hans Schubert, der Feldscher aus Wien, hat viel zu tun. Siebzig Stunden sollte der Tag haben und nicht nur vierundzwanzig. Aber vielleicht ist Hans Schubert gar nicht mehr in Nischni-Tagil. Vielleicht ist er zu den Baschkiren abkommandiert worden und an der Pest gestorben. . . .

Die Gründung des Aztekenreiches

Von B. Traven (Columbus Tamaulipas, Mexiko).

Alle Urbewohner Amerikas sind Indianer und gehören derselben Rasse an, ganz gleich ob sie Azteken, Huronen, Sioux, Azteken oder Inka genannt werden. Mexiko, Peru und Bolivia sind die ältesten Kulturzentren des amerikanischen Kontinents. Wer die Urbewohner Mexikos gewesen sind, wissen wir nicht. Diese Untermischnisse verdanken wir der Tatsache, daß die spanischen Geistlichen (Bischöfe und Mönche) alle königlichen Bibliotheken, alle staatlichen Archive, alle Lehrwerke der Priester und Gelehrten der Azteken gleich nach der Eroberung des Landes als Werke des Teufels verbrannten. Unter unglücklichen Mühen amerikanischer, mexikanischer und europäischer Gelehrter ist ein wenig Klarheit geschaffen worden, wenigstens für die verflochtenen 1500 Jahre.

Vor dieser Zeit bestand in Mexiko eine bewundernswerte, hochentwickelte Zivilisation, deren Zeugen die gewaltigen Ruinen von Teotihuacan, Uxmal, Palenque und Chichen-Itza sind. Bauta, die schon Ruinen waren als die Azteken in Mexiko einwanderten. Wohin jene hochzivilisierten Völker gewandert sind, warum sie ihre großen Städte plötzlich verließen, hat bis heute nicht erforscht werden können.

Mexiko hieß in alten Zeiten „Anahuac“, das bedeutet: „Ruhe

Schiele und die Optanten.



„Wir haben Euch zu „Märtyrern der Heimatliebe“ ernannt, außerdem habe ich dem Herren Reichspräsidenten einen Vortrag über Euer Elend gehalten. — Wie bitte! — tätige Hilfe! — Sie glauben, bei den Herren Guts- und Villenbesitzern wären Zimmer frei!!! — Aber ich kann doch nicht meine eigenen Parteigenossen mit Eurem Unglück belasten.“

den Bässern“. Mit diesen Bässern können sowohl die beiden Ozeane gemeint sein wie auch die großen Seen, in deren Nähe der geistige und politische Mittelpunkt des Reiches ruhte.

Im Jahre 648 n. Chr. kamen die Tolteken nach Anahuac und siedelten sich dort an. Tolteken bedeutet Architekten; dieses indianische Volk baute große und schöne Städte, Tempel und Staatsgebäude. Ihre Hauptstadt war Tula, heute ein kleines Dorf, in dessen Umgebung das Land stundenweit mit den Trümmern jener Bauten und mit Gräbern bedeckt ist.

Ganz plötzlich, es war das Jahr 1051, machte sich das Volk auf die Wanderung, ebenso unauffällig und unkriegerisch, wie es gekommen war. Wohin es wanderte, weiß man nicht, vielleicht nach Süden, nach Peru, dort ein neues Reich gründend.

Als die Tolteken Anahuac verlassen hatten, überschwärmten die kriegerischen Nahuatlteken das Land und siedelten sich in den verlassenen toltekischen Städten an. In ihrer Absicht, ein großes Reich zu gründen, wurden sie aber unterbrochen durch die Einwanderung zweier kleiner indianischer Völker: der Azteken und der Acolhuanen.

Es wird angenommen, daß diese beiden Völker, die für Mexiko eine so entscheidende Rolle spielen sollten — und in kommender Zeit wahrscheinlich eine noch größere spielen werden —, aus Kalifornien kamen. Da ihre Sprache und ihre Zivilisation der der Tolteken so ähnlich war, daß man sie beinahe die gleiche nennen konnte, nimmt man an, daß auch die Tolteken aus Kalifornien ursprünglich gekommen sind und daß die Azteken und die Acolhuanen die in Kalifornien zurückgebliebenen Reste des toltekischen Volkes waren. Aus der Tatsache, daß sie Gold kannten und es in höchst künstlerischer Weise zu bearbeiten verstanden, und Kalifornien das Land war, wo Gold in großen Mengen offen zutage trat, darf man den Schluß ziehen, daß Kalifornien das Ursprungsland jener Völker war. Mit den in Anahuac zurückgebliebenen Teilen der Tolteken vermischten sich die neueingewanderten Völker sofort. Diese in Anahuac zurückgelassenen toltekischen Volksteile hatten durch ihre lange Seßhaftigkeit einen höheren Grad der Zivilisation erreicht, als die Azteken und die Acolhuanen mitbrachten. Aber die Zivilisation der Tolteken wurde von den beiden einwandernden Völkern sofort übernommen, wenn auch bei der Übernahme der roheren Lebensformen der Azteken die viel feinere Kultur der ganz und gar untrügerischen Tolteken sehr vergrößert.

Die Azteken erreichten Tula im Jahre 1196 und eroberten die Stadt von den Nahuatlteken, die sie gerade 26 Jahre im Besitz gehabt hatten. Mit rastloser Energie bauten die Azteken die Stadt auf und erfüllten sie mit reichem Leben.

Aber sie hielten es auch hier nur eine Zeit aus, und von ihrem Wandertrieb weitergetrieben, kamen sie im Jahre 1325 (am 18. Juli) an einen großen See auf dem Tafellande, wo ewiger Frühling herrscht. Das Orakel hatte ihnen verkündet: „Ihr werdet einen gewaltigen Adler sehen, der von königlicher Schönheit ist; in seinen Fängen wird er eine Schlange halten und seine weit geöffneten Schwingen werden der aufgehenden Sonne zugekehrt sein. Wo ihr jenen Adler seht, da baut eure Stadt und wohnt da!“

Und hier auf einem Felsen am See sahen sie den verkündeten Adler hocken, genau so, wie er von dem Orakel vorhergesagt worden war, nur viel mächtiger und schöner als sie es erwartet hatten. Und in diesem See erbauten sie auf Pfählen die Stadt Tenochtitlan, die später nach ihrem Schutzgott Mexitli (unter Verhüllung des ursprünglichen Wortes durch die Spanier) Mexiko genannt wurde.

Was Rom für das römische Weltreich war, das wurde Mexiko für das aztekische Reich.

Die Stadt wurde im südwestlichen Teil des Sees angelegt. Gewaltige, im Wasser angelegte Kunststraßen verbanden die Stadt mit dem Ufer. Diese deichartigen Straßen waren an mehreren Stellen durchschnitten und überbrückt, um die Sicherheit der Stadt bei einem Angriff zu erhöhen. In 200 Jahren hatten die Azteken diese Stadt auf 16 Kilometer Umfang gebracht und mit 120 000 Häusern ausgefüllt, daneben Hunderte von Riesenschlössern, Tempeln und Staatsgebäuden errichtet. Eine doppelläufige Wasserleitung führte das notwendige Wasser auf meilenlangem Wege von dem fernen Gebirge zur Stadt; denn der See war ein Salzwassersee. So geschick war die Wasserleitung gebaut, daß sie jederzeit repariert werden konnte, ohne daß Wassermangel eintrat.

Am östlichen Ufer desselben Sees erbauten die Beggenossen der Azteken, die Acolhuanen, ihre nicht minder schöne und große Stadt Tezcuco (existiert heute noch). Nach dieser Stadt wurde das Volk später die Tezcuteken genannt. Die Tezcuteken besaßen mildere Sitten, eine feinere Kultur und eine humanere Religion als die Azteken.

Aber die Azteken hatten eine unerhörte Lebensenergie, eine unzerstörbare Urkraft, eine unerwüßliche Zähigkeit, durch die sie nach und nach ihre kultivierteren Verbündeten auf ihre niedrigere Stufe der Gesittung herabzogen.

Das Reich der Acolhuanen (Tezcuteken) begann kaum zu blühen, als es von dem kriegerischen Volke der Tapaneken überfallen und verwüstet wurde. Dieser Ueberfall aber durch ein Volk gleichen Blutes wurde die Ursache der Gründung eines großen Reiches, das der Azteken.

Die Azteken eilten den Tezcuteken zu Hilfe. In zwei großen blutigen Schlachten wurden die Tapaneken geschlagen, und die Azteken erhielten zur Belohnung für die geleistete Waffenhilfe das Land der besiegten Tapaneken. Aus dieser Waffenbrüderschaft erwuchs ein Bündnis, das an gegenseitiger Treue, aufopfernder Hilfeleistung und an weittragenden politischen Folgen nicht seinesgleichen hat.

Es wurde beschlossen, daß die beiden großen Völker, die Azteken und die Tezcuteken, unter Einwirkung des winzig kleinen Nachbarn, des Volkes der Tlapaneken, das jene große Wanderung mitgemacht hatte, in allen Kriegen, gleich ob es Angriffs- oder Verteidigungskriege seien, gleich aus welchen Ursachen auch immer sie unternommen sein mögen, sich gegenseitig bis zur letzten Quelle ihrer Kraft unterstützen sollten. Ein Fünftel aller Beute sollte an die Tlapaneken fallen, der Rest wurde unter den Azteken und Tezcuteken verteilt.

Inzwischen hatten die Azteken ihre Stadt soweit ausgebaut, ihre staatlichen Einrichtungen soweit gefestigt, daß sie daran gehen konnten, ihre Macht auszudehnen. An Seite ihrer beiden Verbündeten führten die Azteken 100 Jahre ununterbrochen Kriege, bis sie alle erreichbaren Völker besiegt hatten und das mexikanische Reich vom Atlantischen bis zum Großen Ozean, im Süden bis Nicaragua und im Norden bis Kalifornien und die Wästen Arizonas reichte. Beachtenswert ist, daß trotz der vielen Kriege, trotz der Beuten niemals auch nur der geringste Haß zwischen den drei Verbündeten ausgebrochen ist, weder über die Verteilung der Beute, noch über die Führerschaft, noch über die Ursachen eines Feldzuges. Wenn der Ausruf erfolgte, erschienen die Verbündeten, auch wenn ihnen der Krieg noch so ungeliebt kam. Derjenige König, der als der fähigste galt, wurde ohne Reid als Führer anerkannt, auch wenn er der König der kleinen Macht der Tlapaneken war.

Eins aber zu berichten soll nicht vergessen werden: Die drei verbündeten Reiche waren Monarchien; und diese drei Verbündeten besiegten und eroberten alle Königreiche und Fürstentümer Mexikos und der erreichbaren Gebiete und zwangen sie zur Anerkennung ihrer Macht. Aber: Ein Volk, das dicht an den Ufern des aztekischen Mutterlandes lag, das die drei mächtigen Verbündeten 50 Jahre lang bekämpften, 50 Jahre lang blockierten und von der gesamten Außenwelt abgeschnitten, so daß dieses Volk den Geschmack und den Gebrauch des Salzes verlor, konnte nicht bezwungen werden, in ungezählten wilden Schlachten nicht besiegt werden.

Und dieses heroische Volk, das Cortez schwer zu schaffen machte, war keine Monarchie, sondern eine Republik, die Republik Tlaxcala. Nicht regiert von einem Präsidenten, sondern von einem gewählten Senate, einer Gruppe von Präsidenten, deren Taten mit ewigem Mißtrauen beobachtet und unausgesetzt bekräftigt wurden. Und der Wortführer des Senats bei der Ankunft der Weißen war mehr als 100 Jahre alt und seit langem blind.

Nur mit Hilfe dieser Republik, mit der Cortez sich verband, war es den paar hundert Spaniern möglich, das Aztekenreich, das drei Millionen Krieger ins Feld stellen konnte, zu überwinden. Jedoch das Reich der Azteken und Acolhuanen ist nicht tot, wie man in Europa glaubt. Es lebt und atmet, hat das gleiche Gesicht und das gleiche Blut und wird noch viel von sich reden machen.

Fischregen. In den Hochgebirgswässern der südamerikanischen Anden findet sich ein kleiner Fisch, den manchmal das unangenehme Schicksal trifft, daß er mißamt dem Wasser, in dem er lebt, eines Tages mit ins Land hinaus „gerregnet“ wird. Es ist der sog. Vulkanfisch, der nicht nur in den oberirdischen, sondern auch in den unterirdischen Gewässern der dortigen Vulkane vorkommt. Sobald nun ein Vulkanausbruch stattfindet, was übrigens gar nicht sehr selten der Fall ist, so werden zugleich mit dem Schlamm dieser unterirdischen Gewässer auch alle Fische mit herausgeschleudert und auf diese Weise entsteht ein förmlicher Fischregen, durch den die Fische zu Tausenden in die Luft hinausgeworfen werden, um dann irgendwo weit weg wieder zu Boden zu fallen.

